

Konsolidierung und Erweiterung der NATO

Entwicklung der Atlantikpaktorganisation seit den Konferenzen von Lissabon und Paris

Von Hermann Volle

In diesen Tagen sind fünf Jahre vergangen, seit am 12. März 1948 der britische Außenminister *Bevin* in einem Kabel an Außenminister *Marshall* den Vorschlag machte, den Brüsseler Fünf-Mächte-Pakt, der am 17. März unterzeichnet werden sollte, durch einen Atlantikpakt und einen Mittelmeerpakt zu ergänzen. Vier Monate später, am 11. Juni 1948, verabschiedete der amerikanische Senat die Vandenberg-Resolution, die den Rahmen des Atlantikpaktes als eines regionalen Abkommens zur kollektiven Selbstverteidigung der westlichen Welt gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen näher umschrieb.

In früheren Beiträgen, denen sich der nachfolgende Bericht anschließt, haben wir im einzelnen darüber berichtet, wie aus diesem allgemeinen Plan die Institutionen der Organisation des Atlantikpaktes entstanden und sich in Anpassung an immer neue Probleme und Aufgaben weiter entwickelten. Dabei ging es uns zunächst darum, ohne vorgefaßtes Schema auf Grund der uns zugänglichen Quellen zu schildern, „wie es eigentlich gewesen ist“.

Hebt man den Blick über diese Dokumentationsaufgabe hinaus, so tauchen neue Fragen auf, deren Untersuchung auf Grund des gesammelten Materials langsam in den Bereich des Möglichen rückt. Es ließe sich eine Theorie der politischen Integration denken, die etwa von der Arbeitshypothese ausgeht, daß unter „Integration“ die Schaffung eines Gemeinschaftsbewußtseins zu verstehen ist, das seinen Ausdruck in Institutionen und Konventionen findet und stark genug ist, um innerhalb eines bestimmten Bereiches und für längere Zeit die friedliche Beilegung politischer Konflikte nach einem ordnungsgemäßen Verfahren zu sichern. Ist in diesem Sinne die „Atlantische Gemeinschaft“ als ein politisch integrierter Bereich zu betrachten? Welches sind die Kräfte und Motive, die diese Integration herbeiführten? Welche Rückwirkungen hat die politische Integration auf die wirtschaftliche Einbeziehung innerhalb und außerhalb des integrierten Bereiches? Beruhen die neu entstehenden Institutionen auf der freiwilligen Zustimmung der Völker oder werden sie diesen durch den Zwang der Verhältnisse oder den Willen einer überlegenen Macht auferlegt?

Diese Fragen sollen hier nicht beantwortet werden. Sie sollen nur erklären, weshalb wir auf die Berichterstattung über die institutionellen Fragen der NATO so besonderen Wert legen. Der kanadische Außenminister, *Pearson*, hat zu der Zeit, als er Vorsitzender des Atlantikrates war, offen erklärt, daß es für das Dilemma zwischen organisatorischer Zweckmäßigkeit und politischer Gleichberechtigung keine befriedigende Lösung gibt. „Der Weg, auf dem wir diese Lösung in der NATO suchen, setzt auf der einen Seite die Anerkennung der Führerschaft, der Macht und der besonderen Verantwortungen voraus, und auf der anderen Seite die Rücksichtnahme der stärkeren Mitglieder auf die besonderen Probleme und die Empfindlichkeiten der anderen.“

Damit sind wir an den Kern des Problems der politischen Integration gelangt. Es ist kaum irgendwo in seinen weltweiten Zusammenhängen so deutlich zu verfolgen wie an den Institutionen des Atlantikpaktes. Unter diesem Gesichtspunkt dürfte der nachfolgende Beitrag auch denjenigen unserer Leser etwas bieten, denen die geschilderten Einzelheiten belanglos erscheinen.

Co.

Die Schaffung eines ständigen Organs für die zivilen Aufgaben der NATO

Die Beschlüsse von Lissabon

Artikel 9 des am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten Atlantikpaktes¹ sah die Schaffung eines Rates der verbündeten Mächte vor, der sich je nach Bedarf Hilfsorgane angliedern kann. Im Vertrag selbst war als solches nur der *Verteidigungsausschuß* vorgesehen. Auf diese Weise wurde für die organisatorische Gestaltung der NATO ein großer Spielraum ge-

lassen, der während der ersten Jahre, der Zeit der Vorbereitung und Planung, weitgehend ausgenutzt wurde. Zunächst entstand ein äußerst kompliziertes und kaum noch zu übersehendes System von Aemtern, Ausschüssen und Arbeitsgruppen, die ihren Sitz teils in Washington, teils in London, teils in Paris hatten.

Die Schaffung des Rates der Stellvertreter im Mai 1950 stellte einen ersten Versuch dar, die Tätigkeit

all dieser Stellen zu koordinieren. Schon bald zeigte sich jedoch, daß die gewünschten Ergebnisse nicht ohne eine umfassende Reorganisation zu erzielen waren. Der Atlantikrat beauftragte daher während seiner Sitzung in Brüssel im Dezember 1950² den Rat der Stellvertreter mit einer Reform des zivilen Sektors der Organisation.

Aber auch diese im Verlaufe des Jahres 1951 durchgeführten organisatorischen Veränderungen³ erwiesen sich als nicht ausreichend. Auf der Konferenz des Atlantikrates in Lissabon⁴ im Februar 1952 entschloß man sich daher, auf Grund von Empfehlungen des Rates der Stellvertreter zur Schaffung einer einheitlichen und straff zusammengefaßten Organisation, die künftig die Koordination der militärischen Programme mit den politisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten gewährleisten soll. Nach den getroffenen Entscheidungen sind alle Organe der NATO mit Ausnahme des Militärausschusses, dessen Aufgaben rein strategischer Natur sind, an zentraler Stelle in Paris vereinigt worden.

Die bedeutsamste Neuerung bei der Reorganisation auf dem zivilen Sektor besteht in der Schaffung eines *Ständigen Rates* und der Ernennung eines *Generalsekretärs* der NATO.

Die Suche nach einem Generalsekretär

Da sich der Atlantikrat trotz starker britischer Bemühungen nicht für London, sondern für Paris als ständigen Sitz der NATO ausgesprochen hatte, war man ursprünglich davon ausgegangen, daß der Posten des Generalsekretärs einem Engländer anvertraut werden solle. Nach der Absage Sir Oliver Franks war aber von Großbritannien kein anderer Kandidat vorgeschlagen worden. So wurde das Amt dem Niederländer Stikker angeboten, der jedoch am 5. März ablehnte. Endlich, am 12. März 1952, nachdem sich Churchill offensichtlich selbst in die Angelegenheit eingeschaltet hatte, konnte der Präsident des Atlantikrates die Ernennung von Lord Ismay⁵, einem engen Vertrauten Churchills, zum Generalsekretär und Vizepräsidenten der NATO bekanntgeben. Die Ernennung fand in den Mitgliedstaaten des Nordatlantikpaktes ungeteilte Zustimmung.

Lord Ismay, der sich noch kurz vor der Konferenz von Lissabon sehr skeptisch über die NATO geäußert hatte, erklärte anläßlich seiner offiziellen Amtsübernahme am 4. April 1952, er gebe freimütig zu, daß er nach den enttäuschenden Erfahrungen mit dem Völkerbund die Atlantikpaktorganisation pessimistisch betrachtet habe. Er habe im Oberhaus einmal gesagt, es werde im Atlantikpakt zu viel geredet und zu wenig getan. Seit er aber als Stellvertreter des britischen Verteidigungsministers mit Außenminister Eden in Lissabon gewesen sei, habe er seine Meinung geändert und aus seiner Bekehrung kein Geheimnis gemacht. Der Gedanke, einen Generalsekretär und Vizepräsidenten des Atlantikrates zu ernennen, um die

politisch-wirtschaftliche Tätigkeit der Organisation zusammenzufassen, sei ihm richtig erschienen. Nur habe er sich damals nicht träumen lassen, daß er selbst mit diesem Amt betraut werden würde.

Bei der Einsetzung Lord Ismays in sein Amt erklärte der Vorsitzende des zu seiner letzten Sitzung zusammengetretenen Rates der Stellvertreter, Charles M. Spofford:

„Mit dem Fortschritt von der Planung zur Durchführung haben wir eine Einigung über Veränderungen in der Organisation erzielt, die sich dem wachsenden Tempo, dem Ausmaß und der Natur der Tätigkeit der NATO anpassen wird. Von Zeit zu Zeit stattfindende Ausschusssitzungen sind unzureichend. Verantwortliche Führer unserer Regierungen müssen in einem ständigen Organ zusammenarbeiten. Wir benötigen ferner einen integrierten und starken (das heißt mit entsprechenden Vollmachten ausgestatteten) internationalen Beamtenstab, der einen größeren Teil der wachsenden Aufgaben tragen kann; und wir brauchen eine hervorragende Führung.“

Zusammen mit dem Rat der Stellvertreter hörte auch das Amt für Rüstungsproduktion in London und das Amt für Finanz- und Wirtschaftsfragen in Paris auf zu bestehen. Die Beamten und Sachverständigen dieser Ämter wurden zu einem großen Teil von dem neugeschaffenen *Internationalen Sekretariat* übernommen. Der zeitweilig eingesetzte Zwölfer-Ausschuß mit dem Rat der Drei Weisen hatte seine Tätigkeit bereits mit der Vorlage seines Berichtes in Lissabon beendet. Der ministerielle Fünferausschuß zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit hatte in seinem Bericht an die Lissabonner Konferenz seine Auflösung vorgeschlagen, da er zu der Ueberzeugung gekommen war, daß die nicht-militärische Zusammenarbeit nur unter Beteiligung aller Mitglieder, also im Schoße des Atlantikrates selbst, wirksam behandelt werden könne.

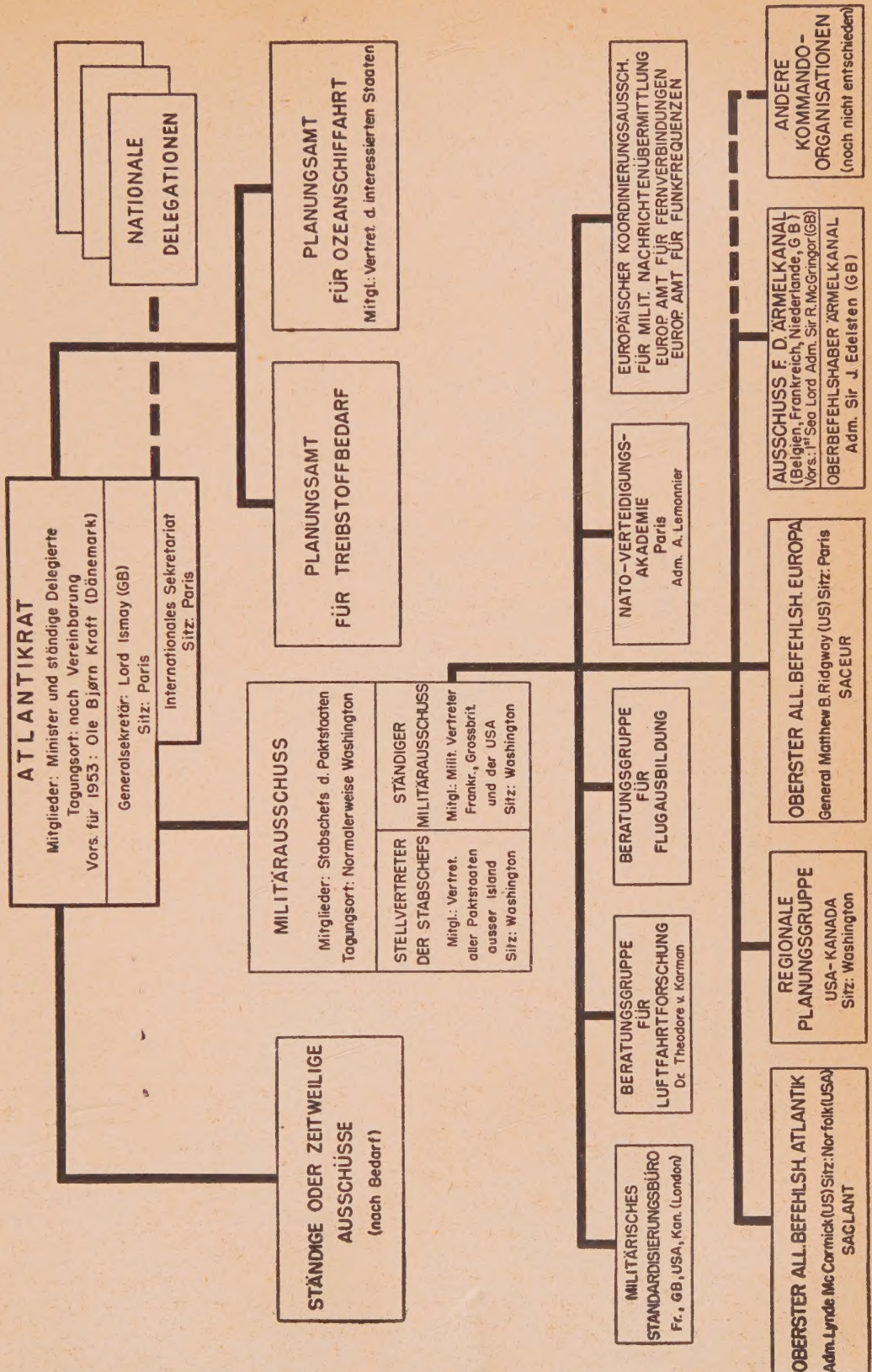
Der ständige Sitz der NATO

Das Hauptquartier der NATO, das bisher seinen Sitz am Belgrave Square in London hatte, begann auf Grund der Lissabonner Entscheidung am 5. April 1952 mit der Uebersiedlung nach Paris, wo es zunächst in dem provisorischen Gebäude der Vereinten Nationen beim Palais de Chaillot untergebracht wurde.

Maßgeblich für die Wahl von Paris war, daß sich dort bereits neben den militärischen Dienststellen der NATO eine Reihe internationaler Organisationen befanden, deren Arbeit mit der NATO in enger Beziehung steht. Der *Economist* vom 1. März 1952 schrieb über die Wahl von Paris zum ständigen Sitz der NATO unter anderem:

„Es ist in mancher Hinsicht schade, daß dieser neue Anfang in Paris und nicht in London gemacht wird. Zugabe, daß es für viele Regierungen schwierig ist, genügend Beamte zu finden, um den Anforderungen der NATO, der künftigen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) zu genügen, und daß Paris ein angenehmeres Leben bietet

Die Organisation des Atlantikpakt (NATO) nach dem Stand vom Februar 1953



als London, und ferner zugegeben, daß die ständige Anwesenheit von Amerikanern, Engländern und Kanadiern auf dem Kontinent den Europäern eine steigende Gewähr für ihre Zukunft bietet, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß einige — aber nicht alle — europäische Mitglieder der NATO den geheimen Wunsch hegen, daß sie eines Tages stark genug sein werden, um eine dritte Kraft zu schaffen, die außerhalb der sowjetisch-amerikanischen Rivalität stehen kann. Sie werden nicht das lebenswichtige Interesse an der Entwicklung der Atlantischen Gemeinschaft haben wie Großbritannien und Kanada, und die Pariser Atmosphäre mag sich für diese Idee als weniger inspirierend erweisen, als es die von London hätte sein können, aber die Entscheidung muß loyal angenommen werden.“

Der Atlantikrat

Der Atlantikrat ist auch nach der neuen Reorganisation das Hauptorgan der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft geblieben, und die im Atlantikpakt für seine Tätigkeit festgelegten Richtlinien haben ihre Gültigkeit behalten.

Der Rat wird sich künftig vor allem darum bemühen, die NATO-Programme mit den politisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Nach der Einbeziehung Griechenlands und der Türkei setzt sich das oberste Organ der NATO nunmehr aus den 14 Außenministern und/oder Verteidigungsministern beziehungsweise Finanz- und Wirtschaftsministern zusammen. Dieser sogenannte ministerielle Rat soll künftig dreimal im Jahr zusammentreten, während die laufenden Geschäfte durch den neugeschaffenen Ständigen Rat geführt werden. Auf Vorschlag des britischen Außenministers, *Eden*, soll die Teilnehmerzahl an den ministeriellen Ratstagungen wesentlich eingeschränkt werden. Nach den „Massenversammlungen“ (*Times*) bei der Ratstagung in Rom wurde beschlossen, bei den Plenarsitzungen des Rates künftig nicht mehr als 250 Personen zuzulassen. Bei den besonderen Zusammenkünften der Außenminister sollen aus Gründen der Geheimhaltung neben den Außenministern selbst nur je ein oder höchstens zwei Berater teilnehmen dürfen. Wie der kanadische Außenminister, *Pearson*, der damalige Vorsitzende des Rates, erklärte, sollen die künftigen ministeriellen Ratstagungen auf höherer Regierungsebene als bisher stattfinden.

Der Tagungsort, der bisher jeweils vom Vorsitzenden des Rates bestimmt wurde, wird künftig der ständige Sitz in Paris sein. Nur in besonderen Fällen soll ein anderer Tagungsort gewählt werden. Für das Jahr 1953 übt der dänische Außenminister, *Ole Bjørn Kraft*, den Vorsitz aus. Der neuernannte Generalsekretär, *Lord Ismay*, übernimmt das Amt des Vizepräsidenten. Die Verfahrensordnung für die Wahl künftiger Vizepräsidenten soll zu einem späteren Zeitpunkt geregelt werden.

Die Stellung des Atlantikrates in bezug auf die militärischen Stellen der NATO bleibt unverändert. Die

Verbindung und Zusammenarbeit zwischen den militärischen Stellen und dem Rat sollen verstärkt werden.

Ausschüsse des Rates

Der Rat hat seine volle Handlungsfreiheit in bezug auf die Organisation seiner Arbeit und kann je nach Bedarf ständige oder zeitweilige Ausschüsse einsetzen. Sonderfunktionen, wie sie beispielsweise dem *Planungsamt für Ozeanschifffahrt* und dem neugeschaffenen *Planungsamt für Treibstoffversorgung* übertragen sind, unterstehen der Lenkung des Rates.

Die Befugnisse des Ständigen Rates

Im Einklang mit den Lissabonner Beschlüssen ernannten die Regierungen die Mitglieder des Ständigen Rates⁶, die mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet wurden, um wirksame Entscheidungen treffen zu können. Während die Stellvertreter nicht ermächtigt waren, Entscheidungen zu treffen und nur im Namen der von ihnen vertretenen Minister handelten, handeln die neuernannten Ständigen Vertreter im Namen ihrer Regierungen. Die Ständigen Vertreter haben ministeriellen Rang oder den eines leitenden Beamten je nach Gepflogenheit des betreffenden Landes. Sie sollen nach den erlassenen Richtlinien in so engem Verhältnis zu ihren Regierungen stehen und mit so viel Vollmachten ausgestattet sein, daß der Rat in der Lage ist, seine kollektiven Aufgaben wahrzunehmen und schnelle Entscheidungen herbeizuführen⁷. Jeder Ständige Vertreter ist gleichzeitig der Leiter der nationalen Delegation seines Landes, die sich aus Ratgebern und Sachverständigen zusammensetzt.

Verschiedene der Ständigen Vertreter sind auch gleichzeitig Delegierte ihres Landes bei der OEEC. Zum amerikanischen Vertreter im Ständigen Rat wurde der Sonderbotschafter *Draper* ernannt. Durch die ihm übertragenen Vollmachten wurde zum ersten Mal das Amt des amerikanischen Vertreters bei der NATO und das Amt für die Durchführung und Koordinierung des Programms für gemeinsame Sicherheit in Europa (MSA) in einer Person vereinigt.

Die Frage der Vollmachten der Ständigen Vertreter wurde schon bald zum Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten. Ursprünglich hatte es geheißen, der Ständige Rat werde so arbeiten, als ob die Ständigen Vertreter Minister seien⁸. Es war beabsichtigt, daß die Ständigen Vertreter im Gegensatz zu dem früheren Rat der Stellvertreter wo immer möglich die letzten Entscheidungen selbst treffen sollten. Erst an letzter Stelle würde es ihre Aufgabe sein, die Haltung ihrer eigenen Regierungen zu verteidigen⁹. Auf der Konferenz über Fragen einer Atlantischen Gemeinschaft in Oxford¹⁰ erklärte Lord *Ismay* am 8. September, daß die Vollmachten des Ständigen Rates durch die Abwesenheit der Minister in keiner Weise beeinträchtigt würden. Die Ständigen Vertreter seien bevollmächtigt, mit aller Autorität über jedes Problem zu verhandeln. Der kanadische Delegierte im Stän-

digen Rat, *Heeney*, sprach jedoch eine gegenteilige Meinung aus. Er sagte auf der gleichen Konferenz am 10. September, der Atlantikrat sei nicht bevollmächtigt, wichtige Entscheidungen zu treffen. „Niemand hat auch nur ein einziges Element der Souveränität aufgegeben.“ Ähnlich hatte sich bereits der kanadische Außenminister und damalige Vorsitzende des Atlantikrates, *Pearson*, in einem Vortrag vor der Universität in Princeton im April 1952 ausgesprochen. Er sagte: „Selbst in der NATO stellen Entscheidungen nur Empfehlungen an die Regierungen und Parlamente dar, bei denen die letzte Autorität liegt“¹¹.

Lord *Ismay* betonte in einer Rede vor der Anglo-American Press Association am 8. Oktober in Paris¹², daß in Einklang mit den Lissabonner Beschlüssen der Ständige Rat aus Personen zusammengesetzt sei, die bevollmächtigt seien, im Namen ihrer Regierungen zu sprechen. Es handele sich nicht um den früheren Rat der Stellvertreter in einer neuen Form. Zur Veranschaulichung der Vollmachten des Ständigen Rates erwähnte Lord *Ismay*, daß dieser Rat sowohl die Ernennung General *Ridgways* als auch die Unterzeichnung des Protokolls über das Verhältnis der NATO zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgenommen habe. Die Vollmachten des Ständigen Rates würden nicht durch die Gegenwart oder Abwesenheit der Minister beeinträchtigt. Dies ändere zwar nichts an der Tatsache, daß die Ständigen Vertreter von ihren Regierungen Instruktionen empfangen, aber auch Minister müßten solche Instruktionen empfangen.

Lord *Ismay* führte weiter aus, der Rat sei keine supranationale Behörde. Jede Entscheidung müsse einstimmig getroffen werden, da die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht an Entscheidungen gebunden werden könnten, die ihre Vertreter nicht angenommen hätten. Bisher sei jedoch in allen Fragen Einstimmigkeit erzielt worden. *Ismay* stellte dazu fest, bei Koalitionen bestehe immer die Tendenz, sich auf den niedrigsten gemeinsamen Nenner zu einigen. In dieser Beziehung hätten es Diktatoren gegenüber freien Ländern immer einfacher gehabt. Was ihn selbst anbetreffe, so habe er jedoch niemals zuvor eine Stellung mit so viel Verantwortung und so wenig Vollmacht innegehabt. Er habe tatsächlich keine persönliche Autorität und könne nur durch den Rat handeln. Es sei daher ein Unsinn, ihn einen politischen Eisenhower zu nennen¹³.

Im Verlauf seiner Ausführungen sagte Lord *Ismay* weiter, daß man sich überall darüber klar sei, daß der Rat größere Vollmachten haben müsse; auch der Ständige Militärausschuß teile diese Ansicht. Das Verhältnis zwischen dem Rat und den militärischen Stellen werde oft mißverstanden. Die Beziehungen seien so ziemlich die gleichen wie zwischen einer Regierung und ihren militärischen Führern. Innerhalb der NATO sei jedoch noch Raum für eine Verbesserung dieses Verhältnisses. In diesem Zusammenhang wies Lord

Ismay darauf hin, daß bei der Abhaltung künftiger internationaler Manöver der Ständige Militärausschuß die Verbindung mit dem Rat aufnehmen werde. Lord *Ismay* spielte hiermit auf die Manöver in der Ostsee an, wo die alliierten Streitkräfte in der Nähe der Insel Bornholm in nächster Nähe sowjetischen Hoheitsgebietes operierten. Verschiedene Mitgliedstaaten der NATO hatten hiergegen Bedenken geltend gemacht.

Der Generalsekretär

Als der Atlantikrat in Lissabon über die Funktionen und Vollmachten des zu ernennenden Generalsekretärs diskutierte, wurden zwei verschiedene Meinungen vertreten. Der einen Meinung zufolge sollte der Generalsekretär lediglich der oberste Verwaltungsbeamte der Organisation, der Leiter des „Civil Service“ sein. Die andere Meinung war jedoch, daß der Generalsekretär größere Vollmachten haben müsse, um die Organisation wirklich leiten und lenken zu können. Er müsse unmittelbar mit den Regierungen verhandeln können und Mitglied des Rates sein. Dieser letzte Gesichtspunkt hat sich in Lissabon durchgesetzt, und Lord *Ismay* ist als Generalsekretär nicht nur Mitglied des Rates, sondern gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender des Rates. Da der ministerielle Vorsitzende nur bei den ministeriellen Tagungen präsidiert, bedeutet dies, daß Lord *Ismay* bei allen anderen Sitzungen des Rates, also im Ständigen Rat, den Vorsitz führt. Dieser Entscheidung kommt in der Entwicklung der internationalen Organisation große Bedeutung zu: ein internationaler Beamter ist somit erstmals Mitglied und Präsident eines Rates, der sich aus Vertretern nationaler Regierungen zusammensetzt. Dem Generalsekretär der NATO sind in diesem Sinne größere Vollmachten zuteil geworden als beispielsweise dem Generalsekretär der Vereinten Nationen¹⁴.

Der Generalsekretär kann dem Rat Empfehlungen vorlegen, hat unmittelbar Zutritt zu allen Dienststellen und Aemtern der NATO und ist berechtigt, mit den einzelnen Regierungen direkt zu verhandeln. Die Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Internationalen Sekretariats und den Mitgliedern der nationalen Vertretungen werden nach Beratung mit dem jeweils zuständigen Ständigen Vertreter (der gleichzeitig an der Spitze der nationalen Vertretung steht) geregelt. Die Kontakte des Generalsekretärs mit gehobenen Befehlsstellen der NATO dürfen das bestehende Vorgesetztenverhältnis (chain of authority) nicht stören. Der Militärausschuß muß über diese Kontakte genau unterrichtet werden¹⁵.

Lord *Ismay*, der sich hinsichtlich der Auswahl seines Personals volle Handlungsfreiheit ausbedungen hatte, ernannte am 19. April 1952 den Niederländer *Henri van Vredenburg* zum stellvertretenden Generalsekretär¹⁶, den er als sein *alter ego* bezeichnete. Die durch Lord *Ismay* vorgenommenen Ernennungen

seiner Mitarbeiter bedürfen nicht der Zustimmung des Rates.

Das Internationale Sekretariat

Das Internationale Sekretariat steht unter der Leitung seines Generalsekretärs beziehungsweise seines Stellvertreters und setzt sich aus Angehörigen der Vertragsstaaten zusammen. Es gliedert sich in drei Abteilungen. Die Abteilung, die sich mit den Fragen der Produktion befaßt, steht unter der Leitung eines Amerikaners. Die Wirtschaftsabteilung wird von René *Sergent* (Frankreich) und die politische Abteilung von *Serges Senoalte* (Italien) geleitet. Die Bezeichnung „politisch“ ist vielleicht etwas irreführend, da die in Artikel 2 des Atlantikpaktes definierten Aufgaben der NATO einen umfassenderen Charakter tragen¹⁷.

Eine neue wichtige Aufgabe des Sekretariats ist der Auftrag, Empfehlungen für die Koordinierung der europäischen Flugzeugindustrie auszuarbeiten. Dieser auf amerikanische Initiative erfolgte Auftrag wird für die weitere Entwicklung der europäischen Rüstungen von großer Tragweite sein. Es handelt sich hierbei um den ersten Schritt für eine Aenderung der bisher bei der Vergebung der sogenannten off shore-Bestellungen befolgten Politik. Während bisher die off shore-Bestellungen den Gegenstand von bilateralen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und den beteiligten europäischen Regierungen bildeten, soll nun in Zukunft die NATO als Planungs- und Verteilungsorgan eingeschaltet werden. Dies wird nicht ausschließen, daß im letzten Stadium der Verhandlungen die Lieferungsverträge mit den einzelnen Regierungen abgeschlossen werden. Durch die Befassung der NATO mit den off shore-Aufträgen wird sie in Zukunft eine ähnliche Aufgabe übernehmen wie sie die OEEC seinerzeit bei der Verteilung der Marshallplan-Gelder wahrgenommen hat. Es kann angenommen werden, daß auch Programme für andere Gebiete der europäischen Rüstungsproduktion von dem Internationalen Sekretariat ausgearbeitet werden.

Ausbau und Erweiterung der militärischen Struktur der NATO

Zusätzliche Unterorgane

Auf dem militärischen Sektor der NATO sind gegenüber der Struktur von Anfang 1952, vor allem durch die Einbeziehung Griechenlands und der Türkei, verschiedene Aenderungen eingetreten. Sie werden durch einen Vergleich der im Europa-Archiv veröffentlichten Schaubilder, die den Stand vom Januar 1952 und vom Februar 1953 wiedergeben, besonders deutlich¹⁸.

An der Spitze der militärischen Organisation hat sich bis zum heutigen Datum nichts geändert. Die auf dem zivilen Sektor der NATO erst in jüngster Zeit geschaffene permanente Organisation besteht auf militärischem Gebiet schon von Anfang an in der

Eine weitere Aufgabe, mit der sich das Internationale Sekretariat beschäftigt, ist die Verteilung der Rüstungslasten, die zuletzt durch den vorläufigen Zwölferausschuß mit dem Rat der Drei Weisen vorgenommen wurde. Dadurch, daß man diese Aufgabe einem ständigen Organ anvertraute, werden die Verhandlungen diesmal nicht so sehr im Lichte der Öffentlichkeit stehen wie seinerzeit, als die Drei Weisen von Land zu Land reisten. Aus einer Erklärung des stellvertretenden Generalsekretärs *van Vredenburg* vom 13. März 1953 geht hervor, daß die Mitglieder der NATO im Fiskaljahr 1952/53 (bis 1. März) 63,46 Milliarden Dollar für militärische Zwecke aufgewendet haben. Für das neue Fiskaljahr wird mit einer weiteren Erhöhung der Ausgaben gerechnet.

Die Militärausgaben der einzelnen Länder befallen sich nach der Tabelle van Vredenburgs auf folgende Summen (in Millionen Dollar)^{17a}:

	1951/52	1952/53
Belgien	346,56	483,82
Kanada	1 643,40	2 125,70
Dänemark	87,75	131,33
Frankreich	3 219,80	4 047,02
Griechenland	203,96	206,18
Italien	813,06	996,51
Luxemburg	8,16	9,82
Niederlande	309,80	423,75
Norwegen	96,22	146,13
Portugal	50,91	75,83
Türkei	315,99	324,13
Großbritannien	4 095,00	4 995,00
Vereinigte Staaten	43 374,00	49 500,00

Am gleichen Tage gab Lord Ismay die Zahl der in Westeuropa unter Waffen stehenden Truppen mit rund 3 300 000 Mann an. Die Luftstreitkräfte Westeuropas würden bis Ende 1953 mit über 4000 Flugzeugen, vorwiegend modernen Düsenflugzeugen, ausgerüstet sein.

Form des Ständigen Militärausschusses, der sich aus den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zusammensetzt und seinen Sitz in Washington hat.

Zur Wahrung einer engen Verbindung zwischen den beiden ständigen Organen der NATO wurde vom Ständigen Militärausschuß eine Verbindungsstelle beim Ständigen Rat der NATO in Paris errichtet.

Neben das *Militärische Standardisierungsbüro* sind im Verlaufe des vergangenen Jahres eine Reihe weiterer Unterorgane des Ständigen Militärausschusses getreten: Eine *Beratungsgruppe für Flugausbildung* (ATAG), eine *Beratungsgruppe für Luftfahrtfor-*

schung (AGARD) die NATO-Verteidigungsakademie, ein Europäischer Koordinierungsausschuß für militärische Nachrichtenübermittlung (EMCCC), ein Europäisches Amt für Fernverbindungen (ELLA) und ein Europäisches Amt für Funkfrequenzen (ERFA). Die Aufgaben dieser Organe, die ihren Sitz alle am ständigen Sitz der NATO in Paris haben, sind in erster Linie militärischer Natur, doch tragen sie in ihrer personellen Besetzung und Leitung zu einem Teil auch zivilen Charakter. So ist beispielsweise der Präsident des wissenschaftlichen Beratungsausschusses bei der amerikanischen Luftwaffe, Professor Theodore von Karman, zum Vorsitzenden der Beratungsgruppe für Luftfahrtforschung ernannt worden. Karman, ein gebürtiger Ungar, der 1909 in Göttingen promovierte, war bis 1930 Dozent am Aeronautischen Institut in Aachen und von 1922 bis 1928 wissenschaftlicher Berater bei den Junkerswerken. Die NATO-Verteidigungsakademie dient weniger der allgemeinen militärischen Ausbildung als der Vorbereitung von höheren Offizieren und diplomatischen Beamten für den Dienst in den Organen der Paktorganisation.

Schaffung neuer Befehlsbereiche

Anfang 1951 gab es nur den *Befehlsbereich Europa* mit General Eisenhower an der Spitze. Im Frühjahr 1952 wurde nun auch der geplante *Befehlsbereich Atlantik* unter Admiral McCormick (USA) geschaffen. Ferner wurde ein *Befehlsbereich für den Ärmelkanal* unter Admiral Edelsten (Großbritannien) eingerichtet. Der Befehlsbereich Europa wurde durch die Einbeziehung Griechenlands und der Türkei erweitert und durch die Schaffung eines *Befehlsbereiches Mittelmeer* unter Admiral Mountbatten (Großbritannien) ausgebaut. Von den ursprünglich geschaffenen fünf regionalen Planungsgruppen sind vier in den verschiedenen Befehlsbereichen aufgegangen. Uebrig geblieben ist lediglich die Planungsgruppe für die Vereinigten Staaten und Kanada.

Befehlsbereich Europa

Zum ersten Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa (SACEUR) war während der Sitzung des Atlantikrates in Brüssel im Dezember 1950 General Eisenhower bestimmt worden. Der Abgang General Eisenhowers und die Ernennung General Matthew B. Ridgways im April 1952 zu seinem Nachfolger führte zu den verschiedensten Vermutungen über die künftigen Beziehungen zwischen dem Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa und dem Ständigen Militärausschuß in Washington¹⁹. Solange General Eisenhower in Europa weilte, sei, so wurde gesagt, der Ständige Militärausschuß nur theoretisch die vorgesetzte Dienststelle des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa gewesen. Eisenhower habe kraft seiner Persönlichkeit nicht nur die strategischen und

taktischen, sondern auch die politischen Entscheidungen maßgeblich beeinflusst. Mit dem Ausscheiden General Eisenhowers müsse nun der Ständige Militärausschuß seine echten Funktionen wieder übernehmen. Wenn General Ridgway im Vergleich zu General Eisenhower nur über geringe diplomatische Erfahrungen verfüge, so sei dies, wie die Londoner *Times* feststellte, nicht unbedingt ein Nachteil. Da die Grundlinien der atlantischen Verteidigung nun festgelegt seien, sei es wichtiger, daß der Oberste Befehlshaber in Europa ein guter Soldat sei als ein guter Diplomat oder Politiker. „Es kann sogar zu einer Kalamität werden, wenn der neue Oberbefehlshaber sich zu offen an irgendeine politische Lösung für die gemeinsame Aufgabe, der Europa gegenübersteht, bindet.“

In seiner ersten großen Pressekonferenz, die General Ridgway am 12. August 1952 in seinem Hauptquartier in Louveciennes abgab, hat er seine Unterstellung unter den Ständigen Militärausschuß hervorgehoben. Er gab auch zu erkennen, daß er nicht beabsichtige, die von Eisenhower gespielte Rolle zu übernehmen und daß er sich genauestens an die „atlantische Hierarchie“ halten werde.

Die Kompetenzen des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, der bisher lediglich die Verantwortung für die Ueberwachung der Organisation und der Ausbildung der unter seinem Kommando stehenden Streitkräfte trug, wurden durch die Lissabonner Beschlüsse erweitert. General Ridgway ist jetzt auch berechtigt, Empfehlungen über den Einsatz dieser Truppen und ihre Einberufung zu machen. Gleichzeitig entscheidet er über die Verteilung der Ausrüstung und darüber, ob das zur Verfügung stehende militärische Material auf alle zur Verfügung stehenden Divisionen aufgeteilt oder nur den wenigen tatsächlich einsatzfähigen Divisionen zugeteilt werden soll²⁰.

Auch in anderer Hinsicht wurde die Stellung General Ridgways bedeutend gestärkt. Anfang Juli 1952 übernahm er neben dem Oberkommando der Streitkräfte des Atlantikpaktes in Europa auch den direkten Befehl über die in Europa stationierten amerikanischen Besatzungstruppen mit Ausnahme von Berlin, Oesterreich und Triest. Auf diese Weise sind zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg die verschiedenen Waffengattungen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Kontinentaleuropa, Großbritannien, Nordafrika und der Türkei einschließlich der 6. Amerikanischen Flotte im Mittelmeer einem einzigen Oberbefehlshaber unterstellt.

Besondere Bedeutung kommt dabei dem Nachschubwesen für die Truppen der Vereinigten Staaten in Europa zu. Im Rahmen der NATO sorgt jeder der Vertragspartner für die Versorgung seiner eigenen Truppen. Hieraus ergeben sich Schwierigkeiten, da die europäischen Nationen in Friedenszeiten weder über die Vollmachten noch über das erforderliche Per-

sonal verfügen, um ein zentralisiertes Nachschubsystem, das allen Nationen dienen könnte, zu schaffen. Es ist interessant, daß man eine Lösung des Problems durch die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft erwartet.

In einem Anhang zu dem Bericht des unter Leitung von Averell Harriman stehenden Zwölferausschusses (TCC), der auf der Konferenz von Lissabon gebilligt wurde, sind die Richtlinien für den SACEUR neu umschrieben worden. Wie C. L. Sulzberger der *New York Times* am 24. Februar 1952 aus Lissabon berichtete, ist der General Ridgway heute unterstehende Befehlsbereich in Afrika erweitert worden. Während Artikel 6 des Atlantikpaktes nur Algerien aufführt, heißt es in den neuen Richtlinien „Französisch Nordafrika, also Algerien, Marokko und Tunis“²¹.

Dem Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa unterstehen gegenwärtig die Kommandos Mitteleuropa, Nordeuropa, Südeuropa und das auf Grund der Beschlüsse der Konferenz der Atlantikpaktstaaten im Dezember 1952 in Paris neu geschaffene Kommando Mittelmeer.

Mitteleuropa

In Mitteleuropa ist neben verschiedenen personellen Um- und Neubesetzungen die Aufgliederung der alliierten Landstreitkräfte unter Marschall Juin in zwei Heeresgruppen zu erwähnen, von denen jede mit einer taktischen Luftflotte in enger Zusammenarbeit steht.

Gegenwärtig unterstehen die alliierten Luft-, Land- und Seestreitkräfte in den Befehlsbereichen Nord- und Südeuropa einem einheitlichen Oberbefehl. Dagegen unterstehen in dem wichtigsten Befehlsbereich des SACEUR, Mitteleuropa, die einzelnen Waffengattungen jeweils einem eigenen Befehlshaber. Schon im August 1952 wurde davon gesprochen, daß eine allgemeine Reorganisation innerhalb des gesamten Befehlsbereiches des SACEUR zur Diskussion stehe. Am 27. Februar 1953 gab das Hauptquartier der NATO in Paris bekannt, daß General Ridgway dem Ständigen Militärausschuß der NATO in Washington vorgeschlagen habe, den Oberbefehl über die Streitkräfte aller drei Waffengattungen in Mitteleuropa in einer Hand zu vereinigen. General Ridgway hat gleichzeitig angeregt, den Aufgabenbereich seines Stellvertreters für die Luftstreitkräfte, General Norstad, zu erweitern. Dieser soll künftig auch operative Kommandogewalt über die Luftstreitkräfte im Nord- und Südschnitt haben.

Wie die *New York Herald Tribune* ergänzend mitteilte, ist damit zu rechnen, daß der französische Marschall Juin, dem bisher im Rahmen des Befehlsbereiches Mitteleuropa nur die Landstreitkräfte unterstanden, den künftigen Oberbefehl über die alliierten Land-, Luft- und Seestreitkräfte in Mitteleuropa übernehmen wird. Der bisherige Oberbefehlshaber

der alliierten Luftstreitkräfte Mitteleuropa, General Norstad, soll zum Stellvertreter General Ridgways ernannt werden und zugleich die oberste Leitung der Luftstreitkräfte der drei europäischen Befehlsbereiche, Nord, Mitte und Süd, übernehmen. Es sei ferner damit zu rechnen, daß ein britischer Fliegergeneral zum Stellvertreter von Marschall Juin bestimmt werde. Es darf angenommen werden, daß diese Fragen auf der bevorstehenden ministeriellen Ratstagung im April ihre Klärung finden.

Nordeuropa

Abgesehen von einigen personellen Veränderungen sind in der Struktur dieses Befehlsbereiches, der jetzt an Stelle von Admiral Sir Patrick Brind dem britischen Generalleutnant Sir Robert Mansergh untersteht, keine organisatorischen Neuerungen eingetreten.

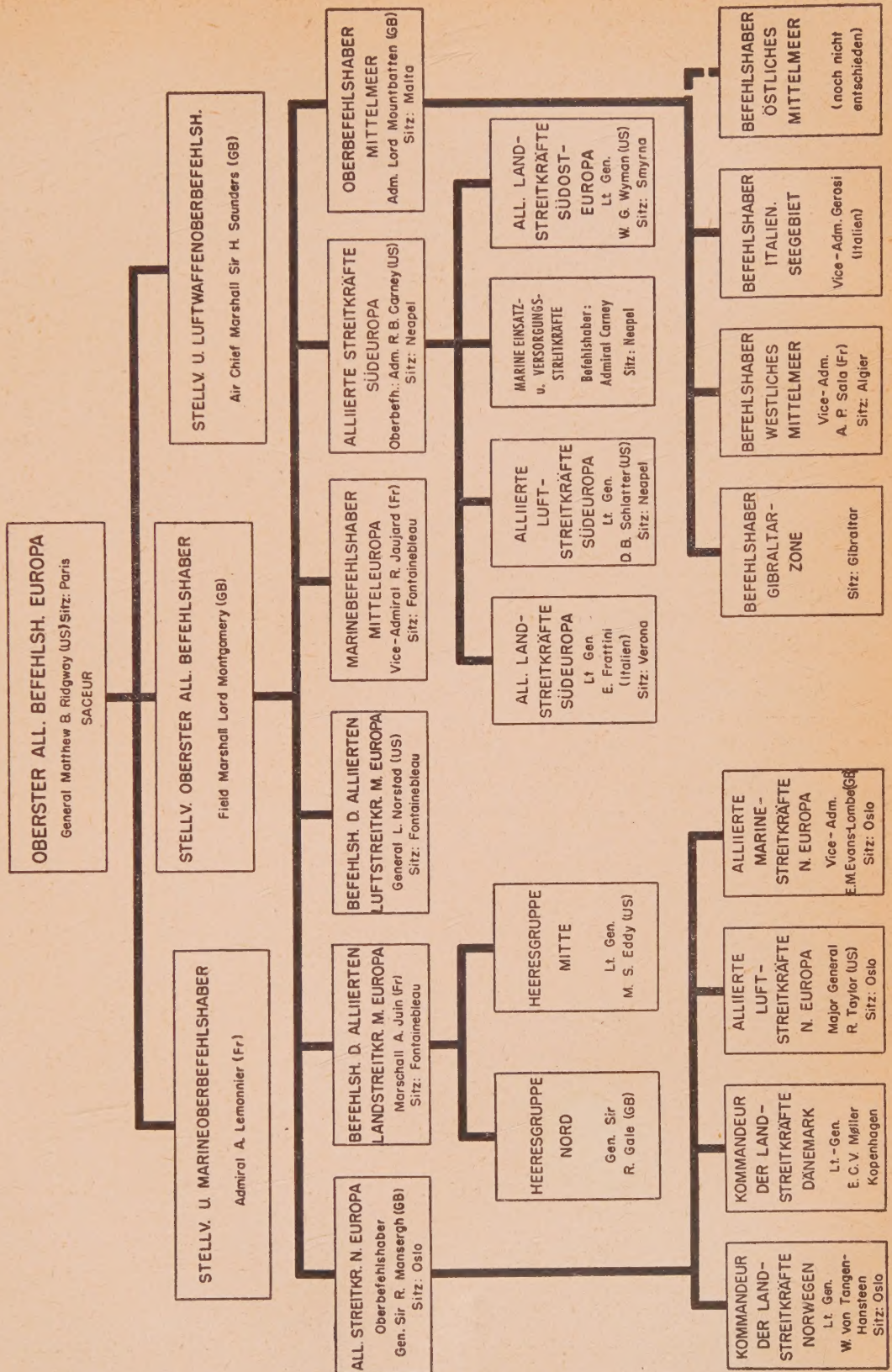
Südeuropa

Durch die Einbeziehung Griechenlands und der Türkei erfolgte eine Erweiterung dieses unter dem Befehl von Admiral Robert B. Carney stehenden Bereiches. Sowohl Griechenland als auch die Türkei lehnten eine Unterstellung ihrer Truppen unter den Befehl des italienischen Kommandeurs der alliierten Landstreitkräfte Südeuropas ab. Da sie auch mit der Unterstellung unter einen amerikanischen Offizier, der seinerseits dem italienischen Kommandeur unterstehen würde, nicht einverstanden waren, wurde Anfang 1952 nach schwierigen Verhandlungen ein eigenes Hauptquartier der alliierten Landstreitkräfte in Südosteuropa mit Sitz in Smyrna (Izmir) in der Türkei geschaffen. Zum Befehlshaber der griechischen und türkischen Divisionen wurde der amerikanische Generalleutnant Willard Wyman ernannt. Gleichzeitig wurde die Schaffung eines eigenen Hauptquartiers der alliierten Luftstreitkräfte Südosteuropa vorgesehen; zunächst besteht jedoch nur ein provisorisches Luftkommando Südost in Saloniki, das dem Befehlshaber der alliierten Luftstreitkräfte Süd, Generalmajor Schlatter (USA), untersteht.

Italien empfand diese Regelung als sehr enttäuschend. Es wurde darauf hingewiesen, daß der italienische General für das Kommando Süd überhaupt nur dem Namen nach Befehlshaber der alliierten Streitkräfte sei, da er praktisch nur italienische Truppen unter sich habe. In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, ob Italien als künftiges Mitglied der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht besser in den Befehlsbereich Mitteleuropa eingegliedert werde, dem auch die anderen fünf Länder der EVG angehören würden. Auf diese Weise würde der Weg für einen Ausbau des Befehlsbereiches Südost freigemacht werden. Bei diesen Überlegungen werden sicherlich die bereits angebahnten und inzwischen abgeschlossenen Besprechungen für die Unterzeichnung eines Balkanpaktes²² zwischen

Die militärische Struktur (Kommando-Organisation) der NATO in Europa

Nach dem Stand vom Februar 1953



Griechenland, der Türkei und Jugoslawien sowie der von den Vereinigten Staaten gehegte Wunsch einer engeren Assoziierung Jugoslawiens an die NATO eine Rolle gespielt haben.

Der amerikanische Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte Südeuropa, Admiral *Carney*, der bisher auch Befehlshaber der 6. Amerikanischen Flotte im Mittelmeer war, gab im Juni 1952 dieses Kommando im Anschluß an den Besuch Admiral *Fechtelers* in Europa an Admiral *Jerauld K. Wright* (USA) ab, so daß sich *Carney* künftig ganz seinen Aufgaben als alliiert Oberbefehlshaber Südeuropa widmen kann. Admiral *Wright* befehligt gleichzeitig auch die amerikanischen Seestreitkräfte im Ostatlantik unter dem Obersten Alliierten Befehlshaber Atlantik, *Lynde D. McCormick*. Das Hauptquartier von *Wright* befindet sich in London²³.

Eine endgültige Lösung der Befehlsbereiche im Mittelmeerraum scheint erst dann möglich, wenn es gelingt, den geplanten Mittelostpakt zu verwirklichen. Man hofft, daß ein völlig selbstständiges Flottenkommando Mittelmeer zu gegebener Zeit die Verbindung zwischen NATO und METO (Middle East Treaty Organization) — so lautet die Bezeichnung für die geplante Mittelostpaktorganisation — schaffen könne. Diese Hoffnungen sind aber gegenwärtig nur Wunschträume, denn seit der Zurückweisung des von Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und der Türkei vorgeschlagenen Mittelostpaktes durch Ägypten sind alle weiteren Bemühungen ergebnislos geblieben²⁴.

Der von den arabischen Ländern im Jahre 1950 entworfene Sicherheitspakt^{24a} ist im Laufe des vergangenen Jahres in Kraft getreten. Er umfaßt jedoch nur Länder, die der NATO nicht angehören.

Mittelmeer

Bei dem organisatorischen Aufbau der Atlantischen Verteidigung war man zunächst davon ausgegangen, daß dem Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa etwa gleichgestellte Alliierte Befehlshaber im Atlantik und im Mittelmeer zur Seite stehen würden. Als im Frühjahr 1952 der Chef der amerikanischen Kriegsflotte, Admiral *Fechteler*, in Europa weilte, stand die Frage der Klärung der Befehlsverhältnisse im Mittelmeer im Brennpunkt der mit der britischen Regierung und mit der britischen Admiralität geführten Besprechungen.

Churchill, der zur Zeit der Diskussion um die Ernennung des Oberbefehlshabers im Atlantik (*Churchill* war damals noch der Führer der Opposition) geäußert hatte, daß er gegen einen amerikanischen Oberbefehlshaber im Mittelmeer nichts einzuwenden habe, war aber wohl von der Voraussetzung ausgegangen, daß ein englischer General an die Spitze des geplanten Mittelostkommandos berufen werden würde. Diese Pläne konnten jedoch bisher nicht ver-

wirklicht werden. Als Admiral *Fechteler* in London weilte, hatte es nach außenhin den Anschein, als ob es in erster Linie Prestigefragen seien, die eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien verhinderten. Wesentlicher dürften aber die Unterschiede in der strategischen Konzeption gewesen sein. Die Vereinigten Staaten sehen im Mittelmeer in erster Linie die südliche Flanke des Befehlsbereiches General *Ridgways* in Europa. Großbritannien denkt in bezug auf das Mittelmeer jedoch viel weniger an Europa als an die Seeverbindungen mit dem Mittleren Osten und dem Commonwealth. Für Großbritannien liegt die Hauptaufgabe im Mittelmeer in der Bewachung dieser Verbindungslinien. In britischer Sicht stellt der Mittlere Osten mit dem Suezkanal die Brücke zwischen Asien und Nordafrika dar. Aus diesen Gründen wurde von britischer Seite gesagt, daß ein Oberbefehlshaber, der in erster Linie an Europa dächte, die anderen Gesichtspunkte nicht vertreten könne.

Bei den Londoner Besprechungen vertraten die amerikanischen Admirale die Ansicht, der Oberkommandierende Süd, Admiral *Carney*, solle nicht nur den Oberbefehl über die amerikanischen und italienischen Flottenstreitkräfte im Mittelmeergebiet führen, sondern auch den Mittelmeerflotten Großbritanniens, Frankreichs, Griechenlands und der Türkei übergeordnet sein. Der britische Vorschlag ging dahin, daß neben dem Oberkommando Süd des Atlantikpaktes im Mittelmeer noch ein besonderes Flottenkommando geschaffen werden müsse, das dem Ständigen Militärausschuß in Washington unmittelbar unterstellt würde. Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden.

Endlich, am 16. Dezember 1952, gab *Churchill* im Unterhaus bekannt, daß der Atlantikrat auf seiner Sitzung in Paris die Schaffung eines Befehlsbereiches Mittelmeer beschlossen habe und hierfür zunächst ein britischer Oberbefehlshaber vorgesehen sei. Er gab gleichzeitig die Ernennung von Admiral *Lord Mountbatten* für diesen Posten bekannt. Der neue Oberbefehlshaber im Mittelmeer untersteht unmittelbar dem Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa. Er ist in Kriegszeiten für die Sicherung der Seeverbindungen, den Schutz von Schiffen und Geleitzügen, die Koordinierung des Nachschubs im Mittelmeer und des Nachschubs benachbarter Kommandobereiche verantwortlich. Andere wichtige Aufgaben des CINCMED sind die Koordinierung des Minenkrieges sowie der U-Boot-Kriegführung und der U-Boot-Abwehr. Für alle diese Zwecke umfaßt sein Kommando sowohl Luft- als auch Seestreitkräfte²⁵. Nicht unter seinem Kommando stehen die schweren Einheiten der amerikanischen 6. Flotte, die weiterhin dem Befehlshaber Süd, Admiral *Carney*, unterstehen und zur Unterstützung der Landstreitkräfte in Süd- und Südosteuropa vorgesehen sind. Mit der neuen

Kommandoaufteilung wird das Mittelmeer in „Regionen“ eingeteilt. Diese sollen die Ausübung jener Funktionen ermöglichen, die örtlicher oder nationaler Natur sind. In der Praxis bedeutet das eine gewisse Autonomie Frankreichs und Italiens in ihren Abschnitten des Mittelmeeres.

Das neugeschaffene Mittelmeerhauptquartier unter Leitung von Admiral Lord Mountbatten nahm am 15. März 1953 seine Tätigkeit in Malta auf. Gleichzeitig wurde das Hauptquartier der Marinestreitkräfte in Südeuropa aufgelöst. An seiner Stelle errichtet der Oberbefehlshaber der Marinestreitkräfte in Südeuropa, Admiral Carney, ein Hauptquartier der Marineeinsatz- und Versorgungstreitkräfte in Neapel.

Befehlsbereich Atlantik

Die auf der Brüsseler Konferenz des Atlantikpaktes im Dezember 1950 gleichzeitig mit der Ernennung eines Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa beschlossene Schaffung eines Atlantikkommandos konnte erst im Frühjahr 1952 verwirklicht werden²⁶. Premierminister Churchill, der als Führer der Opposition im Laufe des Jahres 1951 schärfstens gegen das von Attlee gegebene Einverständnis zur Ernennung eines amerikanischen Admirals zum Obersten Alliierten Befehlshaber im Atlantik protestiert hatte, erzielte bei seinen Besprechungen mit Präsident Truman in Washington im Januar 1952 eine, wenn auch mit Vorbehalten versehene, Einigung in dieser Frage²⁷. Zum Befehlshaber Atlantik (SACLANT) wurde am 30. Januar 1952 der amerikanische Admiral Lynde D. McCormick ernannt. Sein Stellvertreter ist der Vice Admiral Sir William Andrewes (Großbritannien). Das Hauptquartier des SACLANT nahm am 10. April 1952 in Virginia (Norfolk USA) seine Tätigkeit auf.

In Kriegszeiten übernimmt der SACLANT unter der Lenkung des Ständigen Militärausschusses Funktionen eines Obersten Alliierten Befehlshabers. In Friedenszeiten befehligt er jedoch keine See- oder Luftstreitkräfte der NATO-Länder, es sei denn, daß sie ihm zum Zwecke der Durchführung von gemeinsamen Manövern besonders zur Verfügung gestellt werden. Der SACLANT ist in Friedenszeiten für die Aufstellung von Plänen und die Durchführung von kombinierten See- und Luftmanövern verantwortlich.

Anläßlich der Besprechungen mit der britischen Regierung und der britischen Admiralität in London gab Admiral McCormick bekannt, daß sein Befehlsbereich den nordatlantischen Ozean umfasse, jedoch die britischen und europäischen Küstengewässer sowie den Ärmelkanal ausschließe. Die NATO hatte ursprünglich den Wendekreis des Krebses²⁸ als südliche Begrenzung dieses Befehlsbereiches festgelegt. Admiral McCormick ging jedoch von der Annahme aus, daß sich auch Situationen ergeben könnten, wo er Operationen südlich dieser Grenze leiten müsse. Eine Begrenzung nach Norden sei nicht vorgesehen. Sein Be-

fehlsbereich umfasse den Nordpol, und er gab zu verstehen, daß Operationen im Seegebiet gegenüber der Nordküste Europas (Archangelsk wurde dabei erwähnt), falls sie erforderlich würden, von seinem Kommando durchgeführt würden. Das ihm unterstehende Gebiet umfasse aber nicht die Ostsee. Die im späteren Verlauf des Jahres unter dem Oberbefehl von Admiral McCormick durchgeführten großen kombinierten Manöver (Operation Mainbrace) fanden jedoch in der Ostsee statt.

Auf die Frage, ob seine Streitkräfte über Stützpunkte in Spanien verfügen würden, erklärte Admiral McCormick: „Wir haben keine Stützpunkte in Spanien. Spanien ist nicht Mitglied der NATO²⁹.“

Hinsichtlich des Sitzes seines Hauptquartiers gab McCormick bekannt, daß er nicht beabsichtige, sein Hauptquartier von Norfolk nach London zu verlegen. Auch der Sitz seines Stellvertreters werde in Norfolk sein.

Das westatlantische Gebiet sowie die Zufahrtswege zum Mittelmeer von der Nordküste Portugals bis in die Nähe von Dakar unterstehen unmittelbar dem SACLANT, während das östliche Gebiet von der Südspitze Grönlands bis zur Nordküste Portugals einen eigenen Oberbefehlshaber (Admiral Sir George Creasy) hat, der gleichzeitig der Oberbefehlshaber der britischen Home Fleet ist³⁰. Der Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte im Ostatlantik (Air Marshall Sir Alick Stevens) ist gleichzeitig der Befehlshaber des Küstenbefehlsbereichs (Coastal Command) der britischen Luftwaffe (RAF). Der ostatlantische Befehlsbereich unterteilt sich in das Gebiet Nordostatlantik unter dem Befehl von Vice Admiral Sir Maurice Mansbergh und den Befehlsbereich Nordeuropa, unter Conteradmiral J. H. F. Crombie. Diesen beiden Befehlshabern stehen zwei Luftbefehlshaber zur Seite. Für den Nordostatlantik Air Vice Marshall T. C. Traill und für das Nordseegebiet Air Vice Marshall H. T. Lydford.

Befehlsbereich Ärmelkanal

Der Ausschuß für den Ärmelkanal, der im Auftrage des Ständigen Militärausschusses in allen Angelegenheiten handelt, die den Ärmelkanal und das südliche Nordseegebiet betreffen, setzt sich aus den Flottenchefs von Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien zusammen. Der Ausschuß hat als Ständiges Organ seinen Sitz in London und steht unter dem Vorsitz des ersten Seelords der britischen Admiralität, Admiral Sir Rhoderik McGrigor oder dessen Stellvertreter. Die Entscheidung, einen alliierten Flotten- und Marineluftwaffenbereich für den Ärmelkanal und den südlichen Teil der Nordsee zu schaffen, wurde am 21. Februar 1952 getroffen. Damit wurden die seinerzeit zwischen Churchill und Truman getroffenen Vereinbarungen erfüllt, wonach dieses Gebiet nicht dem Befehlsbereich Atlantik angehören soll.

Der Oberbefehlshaber Aermelkanal, Admiral Sir John Edelsten, der dem Ausschuß für den Aermelkanal untersteht, arbeitet zusammen mit dem Marine-luftbefehlshaber, Air Marshall Stevens, der gleichzeitig auch der NATO-Luftwaffenoberbefehlshaber Ostatlantik ist. Edelsten ist gleichzeitig Oberbefehlshaber des Home Command, dem die Gebiete innerhalb der Hundertfadengrenze (etwa 150 Meilen westlich der Scilly Inseln) unterstehen. Der Oberbefehlshaber Aermelkanal übernimmt im Kriegsfall den Schutz der Seeverbindungen und stellt die erforderliche Flotten- und Marineluftunterstützung für die von SACEUR und SACLANT durchgeführten Operationen. Seine Aufgaben in Friedenszeiten umfassen die Ausarbeitung von Plänen für die wirksame Durch-

führung von Operationen im Falle eines Krieges und die Koordinierung dieser Pläne mit anderen NATO-Plänen oder nationalen Plänen sowie die Organisation und Durchführung von Manövern. Dem CINCCAN unterstehen auch Einheiten der französischen, belgischen und niederländischen Flotten, wobei die einzelnen Länder durch ihre Vertretung im Ausschuß für den Aermelkanal ein Mitbestimmungsrecht haben.

Regionale Planungsgruppe USA/Kanada

Diese Planungsgruppe ist die einzige der im Jahre 1949 geschaffenen ursprünglichen fünf Gruppen, die noch verblieben ist. Ihr obliegt die Ausarbeitung von Plänen für die Verteidigung ihres Sektors. Ueber ihre Tätigkeit ist bisher so gut wie nichts bekanntgeworden.

Anmerkungen

1) Vgl. den Wortlaut des Atlantikpaktes in Europa-Archiv 8/1949, S. 2071.

2) Vgl. hierzu den Beitrag über die Brüsseler Konferenz in Europa-Archiv 10—11/1951, S. 3970 und den Wortlaut der Brüsseler Communiqués in Europa-Archiv 1/1951, S. 3639.

3) Vgl. hierzu die Ausführungen über die Reorganisation der NATO in Europa-Archiv 5/1952, S. 4746 und das Schaubild auf S. 4749.

4) Vgl. hierzu den Wortlaut des Lissabonner Communiqués in Europa-Archiv 6/1952, S. 4795.

5) Lord Hastings Lionel Ismay wurde 1887 in Indien geboren. Nach einer erfolgreichen militärischen Karriere schied er Ende 1946 aus dem Militärdienst mit dem Range eines Generals aus. Während des Krieges war er stellvertretender militärischer Sekretär im Kriegskabinet und Stabschef des Verteidigungsministers Churchill. In dieser Eigenschaft begleitete er Churchill zu den Konferenzen von Washington, Casablanca, Kairo, Moskau, Teheran und Jalta. Auch an der Potsdamer Konferenz nahm er an der Seite Attlees teil. 1947 rief man ihn nach Indien, wo er Lord Mountbatten in seiner Arbeit hinsichtlich der Uebertragung der Souveränitätsrechte an Indien und Pakistan unterstützte. Im November 1951 berief ihn Churchill als Minister für das Commonwealth in sein Kabinet. Diesen Posten hatte er bis zu seiner Ernennung als Generalsekretär der NATO inne.

6) Die vierzehn Mitgliedstaaten der NATO haben nachfolgende Personen zu Ständigen Vertretern und gleichzeitig zu Leitern der jeweiligen nationalen Delegationen ernannt: A. de Staercke (Belgien), V. de Steensen-Leth (Dänemark), H. Alphanand (Frankreich), G. Petursson (Island), A. Wehrer (Luxemburg), Jonkheer A. W. L. Tjarda van Starkenborgh Schachouwer (Niederlande), Sir Frederick Hoyer-Millar (Großbritannien), A. D. P. Heeney (Kanada), W. Draper jr. (Vereinigte Staaten), P. Verkyios (Griechenland), A. Rossi-Longhi (Italien), A. Skaug (Norwegen), Comte de Tovar (Portugal), M. A. Tiney (Türkei).

7) Vgl. hierzu die Richtlinien des Rates der Stellvertreter über die Reorganisation der NATO vom 4. April 1952 in *External Affairs* vom April 1952.

8) Vgl. hierzu die *Times* vom 26. Februar 1952.

9) Vgl. *Economist* vom 9. August 1952.

10) Vgl. hierzu den Bericht über die Internationale Studienkonferenz in Oxford in *International Survey* vom 2. Oktober 1952. IF (96) sowie den von der Konferenz herausgegebenen „Report Adopted at the Final Plenary Session on September 12th, 1952“. London, vervielfältigt. 17 S.

11) Vgl. hierzu die Rede des kanadischen Außenministers, Pearson, vor der Princeton University vom 5. April 1952 über das Thema „National Sovereignty and International Organization“ in *External Affairs*, Vol. IV, No. 5, Mai 1952, S. 166 bis 175.

12) Vgl. hierzu die *Times* vom 9. Oktober 1952.

13) Vgl. hierzu auch die Rede Pearsons in Princeton a. a. O.

14) Vgl. Pearson a. a. O.

15) Im einzelnen sind die Aufgaben des Generalsekretariats in einer vom Rat der Stellvertreter am 4. April 1952 veröffentlichten Erklärung näher umschrieben worden. Vgl. hierzu den Wortlaut der Erklärung in *External Affairs* Vol. IV, No. 4, S. 130. Weitere Einzelheiten enthielt die Rede Lord Ismays vor

dem Internationalen Presseinstitut in Paris vom 15. Mai 1952. Vgl. hierzu die *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Mai 1952.

16) Van Vredenburg trat im Jahre 1932 in den niederländischen diplomatischen Dienst ein und betätigte sich in Hamburg, London, Buenos Aires, Caracas und Washington. Von 1945 bis 1948 war er Leiter der politischen Abteilung des Außenministeriums in Den Haag. 1948 nahm er als Vizepräsident der niederländischen Delegation an den Verhandlungen in Indonesien teil. Von 1949 bis 1951 war van Vredenburg Administrator in der internationalen Zone in Tanger. Bei den Pariser Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft leitete er die niederländische Delegation. Van Vredenburg war bei Uebernahme seines Amtes in der NATO 46 Jahre alt.

17) Artikel 2 des Atlantikpaktes hat folgenden Wortlaut: „Durch Stärkung ihrer freien Institutionen, Herbeiführung eines besseren Verständnisses für die diesen Institutionen zugrunde liegenden Prinzipien und durch Förderung von Voraussetzungen für Stabilität und Wohlfahrt werden die vertragschließenden Staaten zu einer weiteren Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen beitragen. Sie werden bestrebt sein, Konflikte in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen, und werden die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Vertragsstaaten fördern.“

17a) Vgl. hierzu die *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. März 1953.

18) Vgl. hierzu den Beitrag „Der innere Aufbau der Nordatlantikkartorganisation“ in Europa-Archiv 5/1952, S. 4745 bis 4753 mit den Schaubildern nach dem Stand vom Januar 1952 sowie das in dieser Folge wiedergegebene Schaubild nach dem Stand vom Februar 1953.

19) Vgl. hierzu beispielsweise *Le Monde* vom 13. April 1952.

20) Vgl. hierzu die entsprechenden Ausführungen des Schlusscommuniqués der Konferenz von Lissabon in Europa-Archiv 6/1952, S. 4795—98.

21) Vgl. hierzu *The New York Times* vom 25. Februar und 21. Mai 1952.

22) Vgl. hierzu den Wortlaut des Balkanpaktes auf Seite 5563 dieser Folge.

23) Vgl. hierzu die Ausführungen über den Befehlsbereich Atlantik auf Seite 5561 dieser Folge.

24) Vgl. hierzu „Die Verteidigungspläne der Westmächte im Mittelmeerraum“ und den Wortlaut des Vier-Mächte-Planes zur Verteidigung des Nahen Ostens in Europa-Archiv 23/1951, S. 4553—54.

24a) Vgl. den Wortlaut des Arabischen Sicherheitspaktes auf S. 5564 dieser Folge.

25) Vgl. hierzu den Wortlaut des am 16. Dezember 1952 durch den Atlantikrat veröffentlichten Communiqués in *International Survey* vom 31. Dezember 1952 If (114).

26) Vgl. hierzu den Abschnitt „Der Disput über die Ernennung des Oberbefehlshabers im Atlantik“ in Europa-Archiv 1/1952, S. 4621—22.

27) Vgl. hierzu das Communiqué vom 18. Januar 1952 in Europa-Archiv 4/1952, S. 4733.

28) Vgl. Artikel 6 des Atlantikpaktes in Europa-Archiv 8/1949, S. 2071.

29) Vgl. hierzu *Times* vom 1. März 1952.

30) Vgl. hierzu die Ausführungen in *International Organization* Vol. VI, No. 2 vom Mai 1952, S. 329.

Regionale Abkommen im Mittelmeerraum

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, dem Königreich Griechenland und der Türkischen Republik vom 28. Februar 1953*

Die Vertragspartner

bestätigen ihren Glauben an die Grundsätze, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind.

Sie sind entschlossen, mit allen Völkern in Frieden zu leben und zur Erhaltung des internationalen Friedens beizutragen.

Sie sind durchdrungen von dem Wunsch, die Freundschaftsbeziehungen, die unter ihnen herrschen, zu konsolidieren.

Sie sind entschlossen, die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Völker und ihre territoriale Integrität gegen jede äußere Macht zu verteidigen.

Sie sind entschlossen, ihre Anstrengungen zu vereinen, um ihre Verteidigung gegen jede äußere Aggression wirksam zu organisieren, und wollen sich gegenseitig konsultieren und in allen Fragen von gemeinsamem Interesse, besonders aber in Fragen, die sich auf ihre Verteidigung beziehen, zusammenarbeiten.

Sie sind überzeugt, daß die gemeinsamen Interessen ihrer Völker und aller friedliebenden Völker fordern, zweckmäßige Maßnahmen zu treffen, um den Frieden und die Sicherheit in diesem Teil der Welt entsprechend dem Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen zu erhalten.

Ihre Staatshäupter haben daher beschlossen, den folgenden Vertrag zu schließen, und haben als ihre Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien:

Seine Exzellenz Herrn Kotscha Popowitsch, Sekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Seine Majestät der König der Hellenen:

Seine Exzellenz Herrn Stephan Stephanopoulos, Außenminister;

Der Präsident der türkischen Republik:

Seine Exzellenz Herrn Fuad Köprülü, Außenminister, die sich nach Vorlegung ihrer vollgültigen Vollmachten über folgendes geeinigt haben:

Artikel 1

Um ihre Zusammenarbeit in dauerhafter Form zu sichern, werden sich die Vertragspartner über alle Probleme von gemeinsamem Interesse konsultieren.

Die Außenminister der Vertragspartner werden regelmäßig einmal jährlich eine Konferenz abhalten und, wenn dies für notwendig angesehen wird, häufiger, um die

internationale politische Lage zu überprüfen und die entsprechenden Beschlüsse in Übereinstimmung mit den Zielen dieses Vertrages zu fassen.

Artikel 2

Die Vertragspartner beabsichtigen, auch weiterhin gemeinsame Anstrengungen zu machen, um den Frieden und die Sicherheit in ihrem Gebiet zu wahren und gemeinsam die Überprüfung der Probleme ihrer Sicherheit einschließlich gemeinsamer Verteidigungsmaßnahmen, die im Falle eines nichtprovozierten Angriffes gegen sie notwendig werden könnten, fortzusetzen.

Artikel 3

Die Generalstäbe der Vertragspartner werden ihre Zusammenarbeit mit dem Ziel fortsetzen, ihren Regierungen Empfehlungen in Verteidigungsfragen, die in einem gemeinsamen Übereinkommen festgelegt sind, vorzulegen, damit koordinierte Beschlüsse gefaßt werden können.

Artikel 4

Die Vertragspartner werden ihre Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Technik und Kultur entwickeln. In den Fällen, in denen dies für nützlich angesehen wird, werden entsprechende Abkommen geschlossen und die notwendigen Organe für die Behandlung wirtschaftlicher, technischer und kultureller Probleme geschaffen werden.

Artikel 5

Die Vertragspartner verpflichten sich, jeden Streit, der unter ihnen auftauchen könnte, mit friedlichen Mitteln, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen sind, und im Geiste der Verständigung und Freundschaft beizulegen. Sie verpflichten sich ebenso, daß sie sich jeder Einmischung in innere Angelegenheiten der anderen Seite enthalten werden.

Artikel 6

Die Vertragspartner werden sich des Abschlusses von Bündnissen oder der Teilnahme an einer Aktion enthalten, die sich gegen einen von ihnen richtet oder die ihren Interessen Schaden zufügen könnte.

Artikel 7

Jeder der Vertragspartner erklärt für sich, daß keinerlei internationale Verpflichtungen, die zwischen ihm und einem oder mehreren Staaten jetzt in Kraft sind, den Bestimmungen dieses Vertrages widersprechen. Die

*) Der Vertrag wurde in Ankara unterzeichnet.

Vertragspartner übernehmen ihrerseits die Verpflichtung, in Zukunft keinerlei internationale Verpflichtung zu unterzeichnen, die im Widerspruch zu diesem Vertrag stehen könnte.

Artikel 8

Dieser Vertrag ändert nicht die Rechte und Verpflichtungen, die sich für Griechenland und die Türkei aus dem Nordatlantik-Vertrag vom 4. April 1949 ergeben, und kann nicht so ausgelegt werden, als änderte er diese Rechte und Verpflichtungen.

Artikel 9

Nach Inkrafttreten dieses Vertrages kann jeder andere Staat, dessen Mitarbeit alle Vertragspartner als nützlich für die Verwirklichung der Ziele dieses Vertrages ansehen, dem Vertrag unter den gleichen Bedin-

gungen und mit den gleichen Rechten wie die drei Unterzeichnerstaaten beitreten.

Artikel 10

Dieser Vertrag, dessen französischer Text authentisch ist, wird von allen Vertragspartnern ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden werden im Sekretariat für auswärtige Angelegenheiten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien in Belgrad deponiert werden. Er tritt mit dem Tage in Kraft, an dem die letzte Ratifikationsurkunde deponiert wird.

Nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages kann jeder Vertragspartner aufhören, Mitglied dieses Vertrages zu sein durch eine Erklärung an die Regierungen der übrigen Vertragspartner mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr.

Quelle: Presse- und Informationsamt der jugoslawischen Botschaft in Bonn.

Vertrag über die gemeinsame Verteidigung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Arabischen Liga*

Die Regierungen:

- S. M. des Königs des Haschemitischen Königreichs Jordanien
- S. E. des Präsidenten der Republik Syrien
- S. M. des Königs des Königreichs Irak
- S. M. des Königs des Königreichs Saudiarabien
- S. E. des Präsidenten der Republik Libanon
- S. M. des Königs des Königreichs Ägypten
- S. M. des Königs des Königreichs Jemen

In Anbetracht des Wunsches der obengenannten Regierungen, die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten zu festigen; ihre Unabhängigkeit und ihr gemeinsames Erbe zu wahren; in Einklang mit dem Wunsch ihrer Völker für die Verwirklichung der gemeinsamen Verteidigung und die Erhaltung von Sicherheit und Frieden in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und den Zielen des Paktes der Arabischen Liga¹ und der Charta der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten; die Stabilität und Sicherheit zu festigen und Mittel für die Wohlfahrt und Entwicklung in den Ländern bereitzustellen;

haben die nachstehend aufgeführten, ordnungsgemäß akkreditierten und von ihren Regierungen bevollmächtigten Delegierten... folgendes beschlossen:

Artikel 1

In dem Bemühen, den Frieden und die Sicherheit zu erhalten und zu stabilisieren, bestätigen die Vertragsparteien hiermit ihren Wunsch, ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu regeln, gleichgültig ob

solche Streitfragen die Beziehungen untereinander oder mit anderen Mächten betreffen.

Artikel 2

Die Vertragsparteien betrachten jeden Akt der bewaffneten Aggression gegen eine oder mehrere von ihnen oder gegen ihre bewaffneten Streitkräfte als gegen alle Vertragsparteien gerichtet. In Einklang mit dem Recht zur Selbstverteidigung verpflichten sie sich daher, einzeln und kollektiv unverzüglich dem Staat oder den Staaten zu Hilfe zu kommen, gegen die ein solcher Akt der Aggression unternommen wird und unverzüglich einzeln und kollektiv alle verfügbaren Maßnahmen einschließlich der Anwendung bewaffneter Macht zu ergreifen, um die Aggression zurückzuweisen und um Frieden und Sicherheit wiederherzustellen. In Übereinstimmung mit Artikel 6 des Paktes der Arabischen Liga und Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen werden der Rat der Arabischen Liga und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von einem solchen Akt der Aggression und den Mitteln und Maßnahmen, um ihr zu begegnen, in Kenntnis gesetzt werden.

Artikel 3

Auf Einladung irgendeines der Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages werden die Vertragsparteien Beratungen abhalten, wenn immer gerechtfertigte Gründe für die Annahme vorliegen, daß die territoriale Integrität, Unabhängigkeit oder Sicherheit irgendeiner der Vertragsparteien bedroht ist. Im Falle der Kriegsdrohung oder des Bestehens eines internationalen Notstandes werden die Vertragsparteien unverzüglich dazu schreiten, ihre Pläne und Verteidigungsmaßnahmen zu vereinigen, so wie es die Lage erfordern mag.

* Der Vertrag wurde von Ägypten, Libanon, Syrien, Saudiarabien und Jemen am 17. Juni 1950, vom Irak am 2. Februar 1951 und von Jordanien am 16. Februar 1952 unterzeichnet. Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des Iraks am 9. August 1952 wurde die gemäß Artikel 13 des Vertrages vorgeschriebene Zahl von vier ratifizierenden Staaten erreicht. Der Pakt trat am 23. August 1952 in Kraft.

Syrien, Ägypten und Jordanien hatten bereits früher ratifiziert. Nachdem am 19. August 1952 auch Saudiarabien den Pakt ratifiziert hat, steht nunmehr nur noch die Ratifizierung durch Libanon und den Jemen aus.

¹) Vgl. den Wortlaut des Paktes in *Department of State Bulletin* vom 18. Mai 1947, S. 967—970.

Artikel 4

Die Vertragsparteien, in dem Wunsch, die obigen Verpflichtungen voll zu erfüllen und wirksam durchzuführen, werden bei der Konsolidierung und Koordinierung ihrer bewaffneten Streitkräfte zusammenarbeiten und entsprechend ihren Hilfsquellen und Bedürfnissen an der Vorbereitung individueller und kollektiver Verteidigungsmaßnahmen teilnehmen, um die genannte bewaffnete Aggression zurückzuweisen.

Artikel 5

Ein Ständiger Militärausschuß, der sich aus Vertretern der Generalstäbe der Armeen der Vertragsparteien zusammensetzt, soll gebildet werden, um Pläne für eine gemeinsame Verteidigung und ihre Erfüllung auszuarbeiten. Die Pflichten des Ständigen Militärischen Ausschusses, die in einem diesem Vertrag beigefügten Anhang umschrieben sind, umfassen die Ausarbeitung der erforderlichen Berichte über die Methode der in Artikel 4 genannten Zusammenarbeit und Beteiligung. Der Ständige Militärausschuß wird dem gemeinsamen Verteidigungsrat, der gemäß Artikel 6 geschaffen wird, Berichte über Fragen seines Zuständigkeitsbereiches unterbreiten.

Artikel 6

Ein gemeinsamer Verteidigungsrat, welcher der Aufsicht des Rates der Arabischen Liga untersteht, wird gebildet, um sich mit allen Angelegenheiten zu befassen, welche die Erfüllung der Bestimmungen der Artikel 2, 3, 4 und 5 dieses Vertrages betreffen. Bei der Durchführung dieser Aufgaben steht dem Rat der in Artikel 5 genannte Ständige Militärausschuß zur Seite. Der gemeinsame Verteidigungsrat setzt sich aus den Außen- und Verteidigungsministern der Vertragsparteien oder aus ihren Stellvertretern zusammen. Mit Zweidrittelmehrheit getroffene Entscheidungen sind für alle Vertragsparteien bindend.

Artikel 7

Um die Ziele dieses Vertrages zu erfüllen und den arabischen Ländern Sicherheit und Wohlstand zu bringen, verpflichten sich die Vertragsparteien, bei der Entwicklung ihrer Wirtschaften und der Erschließung ihrer natürlichen Hilfsquellen zusammenzuarbeiten; den Austausch ihrer landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse zu erleichtern und im allgemeinen ihre wirtschaftliche Tätigkeit zu organisieren und zu koordinieren und die erforderlichen interarabischen Abkommen abzuschließen, um diese Ziele zu verwirklichen.

Artikel 8

Ein Wirtschaftsrat, der sich aus den mit wirtschaftlichen Angelegenheiten betrauten Ministern oder ihren Stellvertretern zusammensetzt, wird von den Vertragsparteien gebildet, um Empfehlungen für die Verwirklichung aller der im vorigen Artikel aufgeführten Ziele zu unterbreiten. Der Rat kann sich bei der Durchführung seiner Arbeiten der Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für Finanz- und Wirtschaftsfragen, auf den in Artikel 4 des Paktes der Arabischen Liga Bezug genommen ist, bedienen.

Artikel 9

Der Anhang zu diesem Vertrag gilt als ein integrierender und untrennbarer Bestandteil dieses Vertrages.

Artikel 10

Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine internationalen Abkommen abzuschließen, die den Bestimmungen dieses Vertrages widersprechen, noch bei ihren internationalen Beziehungen auf eine Weise zu handeln, die im Widerspruch zu den Zielen dieses Vertrages steht.

Artikel 11

Keine Bedingung dieses Vertrages beeinträchtigt in irgendeiner Weise oder beabsichtigt die Beeinträchtigung irgendeines der Rechte oder der Verpflichtungen, die sich für die Vertragsparteien aus der Charta der Vereinten Nationen ergeben, oder die Verantwortungen, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit getragen werden.

Artikel 12

Nach Ablauf von zehn Jahren vom Tage der Ratifizierung dieses Vertrages kann jede der Vertragsparteien von dem Vertrag zurücktreten, vorausgesetzt, daß die Kündigung zwölf Monate vorher beim Generalsekretariat der Arabischen Liga erfolgt. Das Generalsekretariat der Arabischen Liga wird die anderen Vertragsparteien von einer solchen Kündigung unterrichten.

Artikel 13

Der Vertrag wird von jeder Vertragspartei entsprechend den verfassungsmäßigen Vorschriften ihrer eigenen Regierung ratifiziert. Der Vertrag tritt für die ratifizierenden Staaten fünfzehn Tage nach Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden von mindestens vier Staaten beim Generalsekretariat in Kraft. Der Vertrag ist am 13. April 1950 in Kairo in arabischer Sprache abgefaßt. Ein unterzeichnetes Exemplar wird beim Generalsekretariat der Arabischen Liga hinterlegt; gleichermaßen authentische Exemplare werden jeder der Vertragsparteien zugestellt.

Militärprotokoll

1. Der in Artikel 5 des Vertrages über die gemeinsame Verteidigung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten der Arabischen Liga vorgesehene Ständige Militärausschuß übernimmt folgende Aufgaben:

a) In Zusammenarbeit mit dem gemeinsamen Verteidigungsrat die Vorbereitung von Plänen, die sich mit allen zu erwartenden Gefahren oder bewaffneter Aggression befassen, die gegen eine oder mehrere der Vertragsparteien oder deren bewaffnete Streitkräfte unternommen werden können. Diese Pläne sollen sich auf die vom gemeinsamen Verteidigungsrat beschlossenen Grundsätze stützen;

b) die Unterbreitung von Vorschlägen für die Organisation der Streitkräfte der Vertragsparteien, wobei die Mindeststärke für jede Vertragspartei in Einklang mit den militärischen Erfordernissen und Möglichkeiten eines jeden Staates festgesetzt wird;

c) die Unterbreitung von Vorschlägen für eine Steigerung der Schlagkraft der Streitkräfte der Vertragsparteien, soweit es ihre Ausrüstung, Organisation und Ausbildung betrifft, und zwar derart, daß sie mit modernen militärischen Methoden und Entwicklungen Schritt halten; alle diese Maßnahmen sollen koordiniert und vereinheitlicht werden;

d) die Unterbreitung von Vorschlägen für die Erschließung natürlicher, landwirtschaftlicher, industrieller und anderer Hilfsquellen aller Vertragsparteien zugunsten der interarabischen militärischen Anstrengungen und gemeinsamen Verteidigung;

e) die Organisation des Austausches von Ausbildungsmissionen zwischen den Vertragsparteien zur Vorbereitung von Plänen; Teilnahme an militärischen Uebungen und Manövern und Studium ihrer Ergebnisse; Empfehlungen für die Verbesserung von Methoden zur Gewährleistung einer engen Zusammenarbeit im Felde und die allgemeine Verbesserung der Streitkräfte aller Vertragsparteien;

f) die Vorbereitung der erforderlichen Daten über die militärischen Hilfsquellen und Möglichkeiten jeder der Vertragsparteien und der Rolle, die von den Streitkräften jeder der Vertragsparteien bei den gemeinsamen militärischen Anstrengungen übernommen werden soll;

g) die Erörterung der einzuräumenden Vorteile, der Hilfe und der verschiedenen Beiträge, die zu leisten jede Vertragspartei in Uebereinstimmung mit den Bedingungen dieses Vertrages während eines Kriegszustandes zugunsten der Armeen einer anderen Vertragspartei, die auf ihrem Gebiet operieren, aufgefordert werden kann.

2. Der Ständige Militärausschuß kann zeitweilige oder ständige Unterausschüsse aus seinen eigenen Mitgliedern bilden, um sich mit Angelegenheiten zu befassen, die in den Rahmen seines Aufgabenbereiches fallen. Er kann sich auch des Rates von Sachverständigen

bedienen, deren Ansichten zu verschiedenen Fragen für notwendig erachtet werden.

3. Der Ständige Militärausschuß wird dem gemeinsamen Verteidigungsrat, der auf Grund von Artikel 6 dieses Vertrages vorgesehen ist, detaillierte Berichte über die Ergebnisse seiner Tätigkeit und seiner Studien sowie einen Jahresbericht, der genaue Einzelheiten seiner Arbeit und seiner Studien während des Jahres enthält, unterbreiten.

4. Der Ständige Militärausschuß errichtet sein Hauptquartier in Kairo, kann aber Sitzungen an jedem anderen Ort abhalten, den der Ausschuß bestimmt. Der Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden für die Dauer von zwei Jahren; er kann wiedergewählt werden. Bewerber für den Vorsitz sollen zumindest den Rang eines höheren Offiziers innehaben. Jedes Mitglied des Ausschusses muß die ursprüngliche Nationalität der von ihm vertretenen Vertragspartei besitzen.

5. Im Kriegsfall wird das Oberkommando der gemeinsamen Streitkräfte derjenigen Vertragspartei anvertraut, welche die größte militärische Streitmacht, die tatsächlich an den Operationen im Felde teilnimmt, besitzt; wenn nicht durch einstimmiges Uebereinkommen der Oberkommandierende anderweitig ausgewählt wird. Dem Oberkommandierenden steht bei der Lenkung der militärischen Aktionen ein gemeinsamer Generalstab zur Seite.

Quelle: *The Middle East Journal*, Vol. 6. No. 2. 1952 und *Information et Documentation*, No. 288. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Resolution der UEF zur Ratifizierung des EVG-Vertrages

Angenommen auf der Sitzung des Exekutivkomitees in Frankfurt a. M. am 5. Februar 1953

In dem Augenblick, wo der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt wird, hält es die UEF für notwendig, ihren Standpunkt klar darzulegen.

Seit ihrer Gründung hat die UEF stets die Meinung vertreten, daß, wolle man nicht ernste Schwierigkeiten heraufbeschwören, jeglichen technischen oder sonstigen europäischen Spezialorganismen die Schaffung einer echten politischen Autorität vorausgehen müsse.

Dieses Prinzip wurde nicht angewandt. Man hat es vorgezogen, als angeblich einzig realistischen den empirischen Weg zu gehen. Wenn nun die UEF sich dem nicht entgegengestellt hat, so zunächst deshalb, weil sie es immer abgelehnt hat, das Spiel der Gegner Europas zu begünstigen. Aber es geschah auch deshalb, weil sie wußte, daß die nun einmal angewandte Methode ihre Bedenklichkeit eines Tages von selbst erweisen und auch die Zögernden zu der Erkenntnis bringen würde, wie dringlich es ist, föderale Institutionen zu schaffen.

Es gibt heute Persönlichkeiten und Gruppen, die ebenso unerwartet wie zögernd die Richtigkeit der von der UEF vertretenen Prinzipien zu erkennen beginnen, aber sie ziehen daraus die Schlußfolgerungen, daß man, solle Europa wirklich geschaffen werden, die Ratifizierung des EVG-Vertrages, dessen Unvollkommenheit sie besonders unterstreichen, verweigern müsse.

Die UEF legt großen Wert darauf, ihre entschiedene

Ablehnung dieser These kundzutun. Wenn nötig, würde sie auch den äußerst zweifelhaften Charakter einer solchen Opposition, insofern diese im europäischen Interesse zu handeln vorgibt, aufdecken.

Das Exekutivbüro hat alles getan und wird auch weiter alles in seiner Macht Stehende tun, um zur Ratifizierung des EVG-Vertrages beizutragen. Es erinnert noch einmal an folgendes:

1. Eine Europäische Föderation ist ohne eine gemeinsame Verteidigungsmacht undenkbar.
2. Die Ablehnung der Ratifizierung würde für ganz Europa die tragischsten Folgen haben. Diejenigen, die zu einem Scheitern beigetragen, würden vor der Geschichte eine schwere Verantwortung zu tragen haben.
3. Die Unvollkommenheiten des EVG-Vertrages können, sogar noch vor der Aufstellung der Europäischen Armee, korrigiert werden, und zwar durch die Schaffung einer echten politischen Autorität, der die Europäische Armee selbstverständlich untergeordnet sein würde.

Dies ist die Haltung zu dem Problem des EVG-Vertrages, die unter den gegebenen Umständen klar den Unterschied zutage treten läßt zwischen denen, die die europäische Einheit wirklich wollen, und solchen, die nur mit Worten für sie eintreten.

Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 148 vom 5. März 1953.

Probleme der wirtschaftlichen Integration in Ost- und Westeuropa

Ein Bericht der Forschungs- und Planungsabteilung der Wirtschaftskommission
der Vereinten Nationen für Europa

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), der sowohl die Länder Westeuropas und die Vereinigten Staaten als auch die osteuropäischen Länder und die Sowjetunion angehören, hat sich seit ihrem Bestehen stets bemüht, die wirtschaftlichen Probleme Europas trotz aller Gegensätze zwischen Ost und West in ihrer Gesamtheit zu sehen. Wie schwierig ein solches Unterfangen ist, hat sich vor allem bei den Bemühungen um den Ost-West-Handel gezeigt. Die Sowjetunion hat zwar in diesen Tagen ihr Einverständnis zur Abhaltung einer Ost-West-Handelskonferenz gegeben, gleichzeitig aber durch ihren Delegierten bei der ECE den Antrag gestellt, die ECE solle ihre Beziehungen zu der OEEC, der Montanunion und dem Europarat abbrechen.

Am 3. März 1953 ist die ECE zu ihrer 8. Jahreskonferenz in Genf zusammengetreten. Die Forschungs- und Planungsabteilung der ECE hat mit dem der Konferenz vorgelegten umfassenden Bericht „Economic Survey of Europe since the War. A Reappraisal of Problems and Prospects“ einen wertvollen Beitrag zur Beurteilung der wirtschaftlichen Probleme und Ausichten Europas geleistet.

Der erste Teil des Berichtes schildert die wirtschaftliche Lage Europas in der Nachkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen des Krieges. Der zweite Teil untersucht die Ziele und Methoden der Wirtschaftspolitik in Osteuropa, in der Sowjetunion und in Westeuropa. Der dritte Teil befaßt sich mit den Handels- und Zahlungsproblemen Westeuropas. Besonders umfangreich ist der vierte Teil des Berichtes, der den Problemen der industriellen Entwicklung und Organisation gewidmet ist. Dabei verdient der Schlußabschnitt dieses Teiles, in dem die Ergebnisse der wirtschaftlichen Integration in Osteuropa denen in Westeuropa gegenübergestellt werden, besondere Beachtung.

Der Bericht der Forschungs- und Planungsabteilung der ECE ist auch diesmal nicht ermutigend, wie überhaupt die bisherigen Berichte von einem Grundton der Skepsis gegenüber den Entwicklungsmöglichkeiten der freien Marktwirtschaft getragen waren. Wie in früheren Jahren enthält der Bericht auch diesmal eine Reihe besonders wertvoller Materialien. Den aus einer gesamteuropäischen Sicht verfaßten Abschnitt über die Probleme einer wirtschaftlichen Integration Europas geben wir nachstehend im Wortlaut wieder.

H. V.

Der Hintergrund

Die Tendenz zur Desintegration der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen

Die Desintegration der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in Europa ist ein Vorgang, der sich mehr oder weniger ununterbrochen durch die letzten vier Jahrzehnte hingezogen hat. In der Zeit zwischen den beiden Kriegen wurde vielfach, wenn auch ohne allzu großen praktischen Erfolg, über Vorschläge diskutiert, die darauf abzielten, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die wirtschaftliche Einigung Europas zu stärken.

Es ist nicht einfach, das Ausmaß dieser Desintegration der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa zu ermessen, aber die hier wiedergegebenen Zahlenbeispiele mögen wenigstens eine ungefähre Vorstellung von diesem Vorgang vermitteln. In den

letzten vier Jahrzehnten von 1913 bis 1951 hat sich die gesamte Warenproduktion in Europa (ausschließlich der Sowjetunion) vielleicht um etwa 70 Prozent gesteigert, während eine Zunahme des innereuropäischen Handels ausblieb.

Annähernde Prozentsätze
für die Veränderungen im

	Handelsvolumen der europäischen Länder untereinander	Volumen der Warenerzeugung in Europa ¹
1913 bis 1928	± 0	+ 15
1928 bis 1938	— 10	+ 15
1938 bis 1951	+ 12	+ 30
1913 bis 1951	+ 2	+ 70

¹) Ausschließlich der Sowjetunion.

Bei einem kurzen Ueberblick über den Desintegrationsvorgang zeichnen sich folgende Hauptphasen ab.

Neben den Auswirkungen einer vierjährigen Zersplitterung der intereuropäischen Handelsbeziehungen machte sich nach dem Ersten Weltkrieg die Schaffung mehrerer neuer Staaten bemerkbar, von denen jeder versuchte, ein eigenes ausgeglichenes Wirtschaftssystem aufzubauen. Gleichzeitig zeigte der Handel zwischen den größeren, stark industrialisierten Ländern Westeuropas eine fallende Tendenz in seiner relativen Bedeutung gegenüber dem Handel Frankreichs und Großbritanniens mit ihren überseeischen abhängigen oder angeschlossenen Gebieten, der eine rasche Aufwärtsentwicklung durchmachte. Deutschland, das keine überseeischen Gebiete besaß, versuchte, sich durch Steigerung seines Handels mit Südosteuropa zu entschädigen, allerdings mit begrenztem Erfolg, da dies nur im Rahmen der Bemühungen dieser Länder um den Aufbau ihrer eigenen Volkswirtschaften hinter Schutzwällen erfolgen konnte. Dann kam die große Wirtschaftskrise, die in den europäischen Ländern eine neue Welle protektionistischer und autarkistischer Tendenzen zur Folge hat.

Die zunehmenden Restriktionen im Handelsverkehr waren unvermeidliche Begleiterscheinungen des fortgesetzten Rückgangs in der Freizügigkeit des internationalen Arbeits- und Kapitalverkehrs. Vor dem Ersten Weltkrieg bestand vollständige Freizügigkeit für Arbeitskräfte innerhalb der europäischen Länder. Insgesamt ergab sich jedoch kein bedeutender Austausch von Arbeitskräften unter diesen Ländern, wofür auch keine Notwendigkeit vorlag, da sich Unterschiede im Bevölkerungsdruck bei den einzelnen europäischen Ländern weitgehend durch verschieden starke Auswanderung nach den Vereinigten Staaten und anderen Ueberseeländern ausglich. Nach dem Kriege führten die Vereinigten Staaten strenge Maßnahmen zur Beschränkung der Einwanderung ein, deren Auswirkungen noch dadurch verschärft wurden, daß auch die europäischen Länder untereinander in zunehmendem Maße dazu übergingen, Schranken gegen den Zuzug von Arbeitskräften aufzurichten. Zur Zeit der großen Wirtschaftskrise, als praktisch in allen Ländern Massenarbeitslosigkeit herrschte, wurden Einschränkungsmaßnahmen gegen die Einwanderung von Arbeitskräften fast zur allgemeinen Regel, und heute werden sie auch von den Gewerkschaften nachdrücklich vertreten.

Der internationale Kapitalmarkt, der vor dem Ersten Weltkriege einen wesentlichen Faktor für die Erhaltung des Gleichgewichts in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen darstellte, wurde gleichzeitig mit der Wiederherstellung des internationalen Goldstandards in den zwanziger Jahren wiedererrichtet.

Aber als 1931 der Zusammenbruch kam, war die Katastrophe um so größer. Die in den dreißiger Jahren auftretende Tendenz zur Einführung von Beschränkungen im Warenhandel läßt sich teilweise daraus erklären, daß es seit 1931 keinen echten Kapitalmarkt in Europa mehr gegeben hat. Die Unterbrechungen oder vielmehr die Verzerrungen im Handelsverkehr, die während des Zweiten Weltkrieges eintraten, verstärkten noch die Tendenz, den Ausbau der Produktion in der Richtung auf eine möglichst weitgehende Selbstgenügsamkeit voranzutreiben. Die hochgesteckten Ziele und ausführlichen Pläne Nazi-Deutschlands zur Schaffung eines geeinten „Neuen Europa“ unter deutscher Herrschaft konnten unter dem Druck der Kriegsgeschehnisse nicht gedeihen, und mit der militärischen Niederlage flogen sie gänzlich auf.

Der Wiederaufbau eines intereuropäischen Handelsverkehrs nach dem Kriege entwickelte sich nur langsam im Rahmen bilateraler Handelsbeziehungen, und das Handelsvolumen der Vorkriegszeit wurde erst 1950¹ wieder erreicht. Der durch die binnenwirtschaftliche Inflation gegebene Anreiz und der durch Importrestriktionen gewährte Schutz sowie das Ausbleiben der Lieferungen aus der deutschen Industrieproduktion bis zum Jahre 1949 führten außerdem dazu, daß die während des Krieges eingeführte Produktion von Ersatzgütern für ausgefallene Importe in den Nachkriegsjahren fortgesetzt und in vielen Fällen sogar weiter ausgebaut wurde.

Dazu kam noch die Aufrichtung politischer Schranken zwischen Ost- und Westeuropa, das heißt zwischen zwei Gebieten, deren Produktionsstrukturen in hohem Maße komplementär sind, und die politische Teilung Deutschlands, durch die eine in enger Verflechtung arbeitende industrialisierte Volkswirtschaft in zwei Teile gespalten wurde².

Bisher hat es noch keine eindeutigen Anzeichen für einen Wandel in diesen Entwicklungstendenzen gegeben. Ganz abgesehen von den Auswirkungen der Ost-West-Spaltung macht sich in Westeuropa eine überwiegende Tendenz zur Desintegration der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen geltend.

Bei der hier gegebenen summarischen Darstellung war das Hauptaugenmerk auf die Auswirkungen der beiden Weltkriege und der großen Depression gerichtet. Man würde aber fehlgehen, wollte man annehmen, daß die Tendenz der europäischen Wirtschaft zur Desintegration nur eine Folge dieser starken Störungsfaktoren wäre. Wenn man von einer umfassenderen Betrachtung ausgeht, zeigt sich, daß diese Ereignisse nur eine schon latent vorhandene Tendenz zu verstärkter staatlicher Einflußnahme in wirtschaftlichen Angelegenheiten beschleunigt haben, und zwar mit dramatischer Gewalt. Technische, soziale und politische Entwicklungen, die hier nicht im einzelnen dar-

gestellt zu werden brauchen, haben dazu beigetragen, dieser Politik größeren Nachdruck zu verleihen und die Regierungen zur Uebernahme größerer Verantwortung für den Ablauf der wirtschaftlichen Vorgänge zu veranlassen. Dieser Zug machte sich in allen Ländern geltend, so verschiedenartig auch die Erscheinungsformen waren. Eine natürliche Begleiterscheinung der wachsenden Einflußmöglichkeiten der nationalen Regierungen auf die wirtschaftlichen Vorgänge war die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung der politischen Grenzen. Bei ihren Bemühungen um Steigerung und Erhaltung des Beschäftigungsstandes im Lande verfallen die Regierungen unvermeidlich immer auf die Einführung von Schutzwällen gegen die Einfuhr als die leichtere und weniger riskante Methode gegenüber der Exportförderung, und wenn der wirtschaftliche Rückgang allgemein ist, wie es in der Zeit zwischen den Kriegen der Fall war, ist dies tatsächlich eine notwendige Maßnahme der Selbstverteidigung. Die Tendenz zur Desintegration der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in Europa ist also keineswegs nur die Auswirkung äußerlicher Störungsfaktoren, sondern scheint aufs engste mit der unaufhaltsamen Entwicklung zur staatlichen Intervention auf wirtschaftlichem Gebiet verknüpft zu sein. Beide haben sich miteinander entwickelt in einer komplexen Wechselbeziehung von Ursache und Wirkung.

Diese Tatsache liegt so klar auf der Hand, daß es fast überflüssig erscheinen mag, sie noch zu erwähnen; aber sie hat für die in diesem Kapitel zu erörternden Probleme eine wesentliche und nicht immer voll erkannte Bedeutung. Eine „Re-Integration“ der europäischen Wirtschaft kann sich nicht einfach darauf beschränken, die durch den letzten Krieg verursachte Zersplitterung rückgängig zu machen und sozusagen die „normal“ funktionierenden zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen, sei es des Jahres 1928 oder des Jahres 1913, wiederherzustellen. Welche Fortschritte auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einigung Europas erzielt werden, hängt davon ab, ob man zu einer neuen Synthese findet, die es ermöglicht, den heute als notwendig empfundenen Grad zweckmäßiger staatlicher Lenkung beizubehalten und gleichzeitig mit einem differenzierten System internationaler Arbeitsteilung zu vereinbaren. Mit anderen Worten, wenn die staatliche Autarkie abgeschwächt oder vermieden werden soll, so kann das nur durch verbesserte Koordinierung der Wirtschaftspolitik der verschiedenen Länder geschehen. Ferner ergibt sich hieraus, daß es kein einfaches, allgemein gültiges Rezept politischer oder wirtschaftlicher Art zur Herbeiführung einer stärker integrierten europäischen Wirtschaft gibt. Die Frage stellt sich vielmehr in Form einer ganzen Reihe von Sonderproblemen, von denen jedes seine besondere Technik erfordert.

Die Teilung Europas

Der sich Jahr für Jahr vertiefende Schnitt durch die Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa ist beiderseits politischen Ursprungs³. Aber die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Aufspaltung sind einschneidend. Das beweisen die Schwierigkeiten, auf die Westeuropa bei der Finanzierung seiner Nahrungsmiteleinfuhren von Übersee stößt, und die starke Belastung, die Osteuropa aus der Industrialisierung bei niedrigen Wareneinfuhren (von Kapital ganz zu schweigen) aus der übrigen Welt erwächst. Es ist unmöglich, den wirtschaftlichen Verlust zu ermessen, der die Folge dieser politischen Spaltung ist. Der gewöhnlich angestellte Vergleich zwischen dem augenblicklichen Stand des Ost-West-Handels⁴ und dem Vorkriegsstand enthält zwar schon an sich eine eindrucksvolle Gegenüberstellung, aber er gibt die gegenwärtigen anomalen Verhältnisse keineswegs in ihrem vollen Ausmaß wieder. In der Zeit zwischen den beiden Kriegen waren Ost- und Westeuropa weit davon entfernt, einen integrierten Wirtschaftsraum darzustellen. Die Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und dem übrigen Europa waren geringfügig, unregelmäßig und auch damals schon der Einwirkung politischer Faktoren ausgesetzt, während der Handel zwischen Westeuropa und Osteuropa (mit Ausnahme der Sowjetunion) unter der in den letztgenannten Ländern herrschenden wirtschaftlichen Stagnation oder umgekehrt unter dem extremen Protektionismus der Länder litt, die sich bemühten, diese Stagnation zu überwinden. Während also der Ost-West-Handel vor dem Kriege schon einen anomal niedrigen Stand aufwies, so hätte doch nach dem Kriege die bewußt geförderte Industrialisierung in Osteuropa und der westeuropäische Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffeinfuhren zu einer Intensivierung des Handels zwischen den beiden Gebieten führen müssen, wenn nur wirtschaftliche Faktoren maßgebend gewesen wären.

In der folgenden Erörterung über einige für die wirtschaftliche Integration Europas wichtige Probleme und Pläne wird die Aufspaltung zwischen Ost- und Westeuropa als politische Gegebenheit behandelt, die nur durch Vorgänge auf politischer Ebene geändert werden kann. Die Möglichkeiten für eine engere Integration werden daher für jedes der beiden Gebiete getrennt behandelt, und es wird hier keinerlei Versuch unternommen, die übergeordneten Probleme zu erörtern, die sich ergeben würden, wenn engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa⁵ wieder ermöglicht werden sollten. Außerdem beschäftigt sich diese Untersuchung nur mit Wirtschaftsproblemen und läßt die politischen und strategischen Erwägungen außer acht, die für beide Gebiete wichtige Gründe zugunsten der wirtschaftlichen Integration liefern.

Integrationsprobleme in Osteuropa

In Osteuropa stellt sich das Problem der internationalen Koordination der Volkswirtschaften in ganz anderer Form dar als in Westeuropa. Das kommt nicht nur daher, daß jene zentral geplante Volkswirtschaften mit zentral gelenktem Außenhandel sind, sondern auch daher, daß die Koordinierungsversuche zeitlich mit dem Vorgang der Industrialisierung zusammenfallen, der eine rasche Entwicklung im Aufbau neuer und der Ausweitung bereits vorhandener Industrien mit sich bringt. Unter diesen Umständen sollte sich ein weites Betätigungsfeld für Produktions- und Handelsplanung ergeben, die darauf abzielen müßte, den größtmöglichen Nutzen aus der internationalen Arbeitsteilung zu ziehen.

Außenhandel

In der Zeit zwischen den beiden Kriegen war der Handel der osteuropäischen Länder untereinander sehr geringfügig, und zwischen der Sowjetunion und diesen Ländern bestanden fast gar keine Handelsbeziehungen. Wie bereits erwähnt wurde, war dies in erster Linie auf politische Faktoren zurückzuführen. Aus der nebenstehenden Tabelle geht hervor, daß der Anteil der Sowjetunion am gesamten Außenhandel der osteuropäischen Länder (natürlich mit Ausnahme Ostdeutschlands) kaum 1 Prozent ausmachte. Nach dem Kriege trat eine sehr beträchtliche Ausweitung des Handels jedes dieser osteuropäischen Länder mit der Sowjetunion ein. Trotz dieser in der letzten Zeit erzielten Steigerung scheinen die Handelsbeziehungen der osteuropäischen Länder untereinander immer noch umfangmäßig ziemlich geringfügig zu sein im Vergleich zu den intensiven Handelsbeziehungen der meisten westeuropäischen Länder⁶.

Eine der beim Ausbau der osteuropäischen Handelsbeziehungen angewandten Methoden war die Verbesserung des Transportsystems, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Verbindungen zwischen der Sowjetunion und den anderen Ländern dieses Gebietes. Nach dem Kriege wurden Pläne zum Bau eines riesigen Wasserstraßennetzes gemacht. So soll zum Beispiel die Weichsel mit dem Dnjepr und die Oder mit der Donau verbunden werden. In Rumänien befindet sich ein Kanal von der Donau zum Schwarzen Meer im Bau, wobei die Ausrüstungen und die technische Unterstützung von der Sowjetunion geleistet werden. In Polen werden zwei Eisenbahnlinien bis zur Grenze der Sowjetunion mit der in der Sowjetunion üblichen Spurweite ausgebaut. Ungarn und Rumänien haben gemeinsam den Bau einer Oelleitung begonnen, die beide Länder mit rumänischem Naturgas versorgen soll.

Eine weitere Möglichkeit, die zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen zu fördern, ergibt sich dadurch,

daß alle osteuropäischen Länder die in der Sowjetunion üblichen Standardtypen und Maße einführen, so daß die Ersatzteile für das ganze Gebiet austauschbar sind. Darüber hinaus leistet die Sowjetunion den osteuropäischen Ländern technische Hilfe, indem sie ihnen Konstruktionspläne, Produktionspläne und Fachleute zur Verfügung stellt. Oft sind in den bilateralen Handels- und Wirtschaftsabkommen technische Hilfeleistungen vorgesehen.

Aufteilung des gesamten Handels (Import + Export) der sieben osteuropäischen Länder und der Sowjetunion.

Land	Prozentualer Anteil des Handels mit					
	Sowjetunion		Osteuropäische Länder		Übrige Welt	
	1937—1951	1937—1951	1937—1951	1937—1951	1937—1951	1937—1951
Sowjetunion	—	—	11 ^b	83	89 ^b	17
Ostdeutschland	—	—	17 ^{cd}	79 ^c	83 ^d	21
Polen	1	25	6	33	93	42
Tschechoslowakei	1	28	10	32	89	40
Ungarn	—	29	13	38	87	33
Rumänien	1	51	17	28	82	21
Bulgarien	1	58	9	34	90	8
Albanien	—	57	5	43	95	—

Quellen: Für die Sowjetunion: „The Network of World Trade“, Völkerbund, Genf, 1942, und *Prawda*, 6. und 9. April 1952. Für Ostdeutschland, *Statistische Praxis*, Berlin, Mai 1952. Für die übrigen Länder „Economic Development and Foreign Trade Trends in the Peoples' Democracies of Europe during 1951“, in *Probleme Economice*, Bukarest, September 1952.

a) In den Zahlen für die Sowjetunion und für Ostdeutschland und vermutlich auch für die übrigen Länder ist der Handel mit dem chinesischen Festland mit enthalten.

b) 1938.

c) Einschließlich des Handels mit der Sowjetunion.

d) 1936.

In den letzten Jahren wurden Anstrengungen unternommen, um die Handelsplanung mit der Produktionsplanung innerhalb jeden Landes in Einklang zu bringen. Es scheint, daß sich die Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), der Anfang 1949 geschaffen wurde, in der Hauptsache auf diese Art Koordination beschränkt. In vielen Fällen wurden langfristige bilaterale Handelsabkommen abgeschlossen, die sich auf dieselben Zeitspannen bezogen wie die Fünfjahrpläne für die Erzeugung. Damit dürfte die den früheren kurzfristigen Abkommen innewohnende Schwäche behoben sein, die oft dazu geführt hatte, daß die Produktion in den Einfuhrländern durch Verzögerung der Warenlieferungen aus dem Auslande unterbrochen wurde.

Spezialisierung in Industrie und Landwirtschaft

Zur Beurteilung der genauen Ziele, Methoden und Erfolge der industriellen Spezialisierung in den Län-

dem Osteuropas liegen nur unvollständige Angaben vor. Es ist aber klar, daß das angestrebte Maß der Spezialisierung einer gewissen allgemeinen Begrenzung unterliegt. Und zwar scheint es ein allgemein anerkannter Grundsatz zu sein, daß in jedem Lande ein gut ausgebautes Netz von Grundindustrien vorhanden sein sollte. Es besteht eine auffallende Ähnlichkeit in den Plänen für die Steigerung der Kohle-, Stahl- und Elektrizitätserzeugung in all diesen Ländern, obgleich große Unterschiede bezüglich der Verteilung der für diese Produktion notwendigen Hilfsquellen bestehen. Eine weitere Begrenzung der Spezialisierung besteht darin, daß, soweit ersichtlich, keine zwischenstaatliche Wanderung von Arbeitskräften vorgesehen ist, obgleich die Lage auf den verschiedenen Arbeitsmärkten sehr unterschiedlich ist.

Man müßte also bei der Landwirtschaft und in den Industrien für Fertigfabrikate nach Anzeichen dafür suchen, daß eine Förderung der internationalen Arbeitsteilung unter diesen Ländern angestrebt wird. In der Landwirtschaft ist ein gewisses Ausmaß an Spezialisierung dadurch entwickelt worden, daß aus der verhältnismäßig extensiven Landwirtschaft der Sowjetunion Getreide nach den am stärksten industrialisierten osteuropäischen Ländern (Tschechoslowakei und Ostdeutschland) geliefert wird, die auf Brotgetreideeinführen für ihre städtische Bevölkerung und auf Futtergetreideeinführen für ihre relativ intensive Landwirtschaft angewiesen sind.

Für die Fertigwarenindustrie ergibt sich aus den wenigen zur Verfügung stehenden Informationen ein ziemlich gemischtes Bild. Einige Berichte sprechen von Versuchen, eine Spezialisierung der Walzwerke auf bestimmte Produktionszweige durchzuführen, aber auf der anderen Seite sprechen viele Anzeichen dafür, daß jedes Land bedacht ist, seine Maschinenindustrie auf umfassender Basis aufzubauen. Die veröffentlichten Produktionspläne weisen eine große Ähnlichkeit bezüglich der Produktionssteigerung in bestimmten Gruppen, wie zum Beispiel bei Traktoren, Personenwagen, Autobussen, Werkzeugmaschinen oder Elektromotoren, auf. Es mag wohl sein, daß die Spezialisierung zu einem gewissen Grade innerhalb jeder dieser größeren Warengruppen durchgeführt

wird, und zwar so, daß sich zum Beispiel ein Land auf kleinere und ein anderes auf schwere Traktoren spezialisiert. Wenn das der Fall ist, würde es im Einklang mit den Bemühungen um eine Standardisierung und Spezialisierung der Produktion in jedem Lande stehen.

Ein Faktor, der zur Zeit die Möglichkeiten der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung einengt, ist der Mangel an Arbeitskräften in der Tschechoslowakei, der dazu geführt hat, daß dieses Land sich noch mehr, als bei normalem Angebot an Arbeitskräften der Fall gewesen wäre, auf Produktion der schweren Maschinenindustrie konzentriert hat. Darauf ist es teilweise zurückzuführen, daß andere Länder dieses Gebietes die Herstellung von Erzeugnissen aus arbeitsintensiven Produktionszweigen gesteigert haben, die sie sonst aus der Tschechoslowakei hätten beziehen können. In Polen zum Beispiel ist die Fabrikation von Textilmaschinen ausgebaut worden, obgleich der traditionelle Standort hierfür in der Tschechoslowakei war. Im allgemeinen scheint es, daß zwischenstaatliche Spezialisierung zur Zeit hauptsächlich auf den Gebieten geplant wird, die früher in der Produktionsstruktur dieses Raumes überhaupt nicht vertreten waren.

Es hat sich gezeigt, daß die Umstellung in den Institutionen und in der Orientierung der Politik der osteuropäischen Länder ein noch keineswegs abgeschlossener Vorgang ist. In noch stärkerem Maße trifft das auf den Vorgang der zwischenstaatlichen wirtschaftlichen Koordinierung dieser Länder und zwischen ihnen und der Sowjetunion zu, die erst vor zwei Jahren ernstlich in Angriff genommen wurde. Es ist also noch viel zu früh, um die Ergebnisse bewerten zu können. Die zukünftige Entwicklung zeichnet sich jedoch bereits deutlich ab: In jedem dieser Länder untersteht die Wirtschaft der zentralen Lenkung, und der Koordinierungsvorgang steht unter dem beherrschenden Einfluß eines großen, in raschem Aufbau befindlichen Landes, der Sowjetunion. So sind auf nationaler sowohl als auch auf internationaler Ebene die Vorbedingungen für eine enge wirtschaftliche Integration gegeben.

Das allgemeine Problem der wirtschaftlichen Integration in Westeuropa

Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen würde der Vorteil einer engeren wirtschaftlichen Integration für Westeuropa in der Verwirklichung eines erhöhten Produktionsniveaus liegen. Ein stärkerer Konkurrenzkampf würde dazu beitragen, den Widerstand zu brechen, der sich noch immer gegen die Einführung von Neuerungen in den Produktionsmethoden der hinter restriktiven Abkommen und Praktiken verschanzten Industrien erhebt. Eine teilweise Verwirklichung des „Gemeinsamen Marktes“

würde eine rationalere Arbeitsteilung ermöglichen, bei der jedes Land sich auf die Produktionszweige spezialisieren könnte, für die bei ihm vergleichsweise die günstigsten Vorbedingungen gegeben sind. Durch eine solche Neuzuweisung von Produktionszweigen würden diese Volkswirtschaften auch in den Genuß der Vorteile einer Massenproduktion kommen.

Wenn dieser Integrationsprozeß voll zur Auswirkung kommen soll, müßte das gesamte Gebiet einen freien Markt darstellen, das heißt, es müßte Frei-

zügigkeit nicht nur für den Warenverkehr, sondern auch für Arbeitskräfte und Kapitalbewegungen gewährleistet sein. Eine Neuverteilung von Produktionszweigen setzt außerdem sehr beträchtliche zusätzliche Investitionen voraus. Wie weiter unten in diesem Kapitel ausgeführt wird, sind sowohl der Kapital- als auch der Arbeitsmarkt in Europa umfänglich auf die einzelnen Staatsgebiete beschränkt geblieben. Westeuropa als Ganzes leidet aber unter Kapitalmangel.

Ohne Freizügigkeit von Arbeitskräften und Kapital wird die Neuverteilung von Produktionszweigen auf die Länder und damit die Steigerung der Produktivität sehr erschwert sein. So würde die Befreiung des Warenhandels oft nur Störungen verursachen. In solchen Fällen wird eine Aufhebung der Einschränkungen im Warenhandel wahrscheinlich gar nicht erst stattfinden, da die einzelnen Länder nicht bereit sein werden, die dabei entstehenden sozialen Kosten zu übernehmen. Wenn einmal die Erhaltung der Vollbeschäftigung als ein wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik anerkannt worden ist, wird kein Land eine bedeutendere Zunahme der Arbeitslosigkeit als Preis für die wirtschaftliche Integration mit anderen Ländern hinnehmen.

Diese allgemeinen Ueberlegungen sollen dazu dienen, die verhältnismäßig geringen Fortschritte zu erklären, die bei der praktischen Durchführung bisher erzielt worden sind. Wenn Arbeitskräfte und Kapital in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt sind, und gleichzeitig Kapitalmangel herrscht, stehen der Verwirklichung einer engeren wirtschaftlichen Integration zwischen den Staaten, die dann nur durch den Automatismus des freien Warenhandels erreicht werden kann, ungeheure Hindernisse im Wege. Zum Mechanismus der Marktkräfte wird dann eine bewußte, ins einzelne gehende Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Planung zwischen den betreffenden Ländern und ein gemeinsames Vorgehen seitens ihrer Regierungen zur Herbeiführung der notwendigen Umstellungen treten müssen. Dabei dürfte ein allmählicher Fortschritt sich eher dann erreichen lassen, wenn das allgemeine wirtschaftliche Klima zur Expansion tendiert. Auch für den bescheidensten Versuch, den historischen Hang zur Autarkie zu unterbinden, wäre wirtschaftlicher Stillstand verhängnisvoll.

Das internationale Problem der Notstandsgebiete

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß stärkere Spezialisierung die Grundbedingung für wirtschaftliche Integration ist. Einschränkend wäre hinzuzufügen, daß die angestrebte Spezialisierung so beschaffen sein muß, daß sie ein einigermaßen gleichmäßiges Niveau des Entwicklungsstandes und des Lebensstandards in den verschiedenen Ländern gewährleistet.

Damit würde nur ein Grundsatz auf die internationale Ebene übertragen, dessen Gültigkeit für

die binnenwirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes längst anerkannt ist. Ein einzelnes Land würde nie als gut integrierte Wirtschaftseinheit angesehen werden, solange noch unübersehbare Ungleichheiten bezüglich des Entwicklungsstandes und des Lebensniveaus zwischen den verschiedenen Gebieten bestehen. Solche Ungleichheiten sind vielmehr schon an sich der Beweis für eine schlechte Verteilung der Hilfsquellen und lassen auf das Vorhandensein von Hindernissen schließen, welche die Freizügigkeit von Arbeit, Kapital und Unternehmertum innerhalb des Landes einengen. Die Erfahrungen haben außerdem gezeigt, daß es kaum möglich sein dürfte, eine Lösung des Problems der Notstandsgebiete in einem Lande allein durch den freien Mechanismus der marktwirtschaftlichen Kräfte herbeizuführen, oder daß zum mindesten eine solche Lösung, bei der die Bevölkerungsbewegungen eher durch abstoßende als durch anziehende Kräfte ausgelöst werden, ein hohes Maß an menschlichem Elend kostet. Solange keine positiveren Maßnahmen zur Behebung dieses Zustandes getroffen werden, haben einmal bestehende Ungleichheiten im Einkommensniveau die unangenehme Eigenschaft, sich noch weiter zu verschärfen.

Das läßt sich am besten am Beispiel der binnenwirtschaftlichen Entwicklung Italiens im Laufe der letzten hundert Jahre verdeutlichen. Vor der Einigung Italiens war das Industrieniveau in Süditalien im allgemeinen nicht niedriger als in anderen Landesteilen. Die Einigung des Landes in Verbindung mit dem in den ersten zwei Jahrzehnten nach 1860 herrschenden Wirtschaftssystem, das dem vollständigen Freihandel ziemlich nahekam, setzte den Süden, der bis dahin im Schutze seiner eigenen Zollwände gelebt hatte, dem Konkurrenzkampf mit den übrigen Landesteilen und mit dem Auslande aus. Der Erfolg war ein rascher Rückgang der Industrie in Süditalien. Später, etwa um das Jahr 1880, als Italien wieder dazu überging, seine Industrie zu schützen, hatten die Industrien in den nördlichen Landesteilen einen klaren Vorsprung gewonnen, und seitdem hat sich die Kluft zwischen den beiden Teilen des Landes ständig vergrößert⁷.

Was über die Ungleichheiten in den Einkommensverhältnissen innerhalb eines Landes ausgeführt wurde, gilt in gleicher Weise auch für die zwischen verschiedenen Ländern herrschenden Unterschiede, wo auch im besten Falle die Freizügigkeit von Arbeit und Kapital immer viel stärker eingeengt ist als innerhalb eines Landes. In diesem Zusammenhang sei auf die starken Differenzen der Einkommensverhältnisse in Südeuropa und den übrigen Gebieten hingewiesen. Große Ueberschüsse an Arbeitskräften auf dem Lande sind kennzeichnend für die Lage in allen Mittelmeerländern. Es erscheint weder möglich noch wünschenswert, einen weitgehenden Abbau dieses Ueberschusses an Arbeitskräften durch Aus-

wanderung herbeizuführen. Das Vorhandensein überschüssiger Arbeitskräfte löst einen *circulus vitiosus* aus, da dadurch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung verhindert wird. Die Grundtatsache ist von so überragender Bedeutung, daß eine Wiederholung hier gerechtfertigt erscheint: In Südeuropa wird von etwa der Hälfte der landwirtschaftlichen Bevölkerung Europas ein Viertel der landwirtschaftlichen Erzeugung Europas produziert.

Aber damit ist noch nicht alles gesagt. Den beträchtlichen Fortschritten in der Landwirtschaft, die in den letzten fünfzehn Jahren in Nordwesteuropa zu verzeichnen waren, steht eine Tendenz zur Stagnation in Südeuropa gegenüber⁸. So hat sich in den letzten Jahren die Kluft zwischen den verarmten landwirtschaftlichen Gebieten in Südeuropa und dem durch seine industriellen Fortschritte zu höherem Lebensniveau gelangten Westeuropa noch vergrößert. Es dürfte eines der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme sein, mit denen sich Westeuropa befassen muß, dieser Entwicklungstendenz durch eine Förderung der Industrialisierung in den Mittelmeerländern entgegenzuwirken. Damit wäre der Maßstab gegeben, an dem der Wert oder Unwert aller Pläne und Unternehmungen für eine wirtschaftliche Integration gemessen werden muß.

Die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Schutzmaßnahmen für Südeuropa

In allen Erörterungen über die Integration Westeuropas wird immer wieder die Notwendigkeit hervorgehoben, die bestehenden Handelsschranken im Warenverkehr, ob es sich nun um Zölle oder um quantitative Beschränkungen handelt, abzubauen. Wenn man von der Annahme ausgeht, daß der Hauptzweck einer stärkeren Integration darin bestehen soll, die Kluft zwischen den ärmeren und den reicheren Gebieten des in Frage kommenden Raumes zu vermindern, dann drängt sich die Frage auf, ob ein ohne Berücksichtigung der Verhältnisse durchgeführter Abbau der Handelsschranken nicht gerade das Gegenteil bewirken würde.

Vielmehr gibt es gewichtige Gründe, die den Schutz gegen die Konkurrenz der besser entwickelten Gebiete als unerlässlich für die Industrialisierung der weniger entwickelten Gebiete erscheinen lassen.

Die für den Schutz der Industrie in den relativ rückständigen Ländern Südeuropas angeführten Gründe gehen über die Argumente hinaus, die gewöhnlich für den Schutz von „Industrien in den Kinderschuhen“ angeführt werden. Es handelt sich vielmehr hier um die grundlegende Gleichgewichtsstörung im Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft in diesen Ländern. Das Vorhandensein großer Ueberschüsse an Arbeitskräften in der Landwirtschaft führt dazu, daß im Vergleich mit dem Lohnanteil bei den Gestehungskosten in der Land-

wirtschaft die Lohnanteile bei den Gestehungskosten in der Industrie höher sind, als es sich aus den realen Kosten der beiden Wirtschaftszweige rechtfertigen läßt⁹. Unter solchen Verhältnissen würde das Gleichgewicht im Zahlungsverkehr mit dem Ausland nur bei einem Wechselkurs gewährleistet sein, der die Produktionskosten in der inländischen Industrie gegenüber den industriellen Produktionskosten im Auslande systematisch konkurrenzunfähig machen würde, während für die Landwirtschaft das umgekehrte Verhältnis gilt.

Durch die Abschaffung der Handelsschranken zwischen den reicheren und den ärmeren Ländern würde dann also die intereuropäische Spezialisierung nur in einem unerwünschten Sinne gefördert werden, indem sie Verhältnisse verewigen würde, wonach die südlichen Länder Exporteure von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Importeure von Fertigwaren sind. Mit anderen Worten würde das heißen, daß sich der Abstand im Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Gebieten mit hohem und den Gebieten mit niedrigem Einkommensniveau in Europa weiterhin vergrößern würde, was man kaum als einen Erfolg der wirtschaftlichen Integration bezeichnen könnte.¹⁰

Die Notwendigkeit einer Rationalisierung der Zollstruktur

Diese Schlußfolgerung, daß den südlichen, weniger entwickelten Ländern Europas Schutz gewährt werden sollte, darf aber nicht falsch ausgelegt werden. Es soll damit nicht gesagt werden, daß die Zollschranken in ihrer gegenwärtigen Form der internationalen Spezialisierung in der Produktion keine ernstlichen Hindernisse in den Weg legen. Die oben entwickelte Beweisführung bezieht sich auf einen Schutz, durch den die allgemeine Gleichgewichtsstörung zwischen Industrie und Landwirtschaft behoben wird. Aber die in den europäischen Ländern aufgebauten Zollsysteme sind in den meisten Fällen dazu bestimmt, die Konkurrenzfähigkeit jedes einzelnen Industriezweiges, ja sogar jedes einzelnen Erzeugnisses zu schützen. Dieses Grundprinzip bestimmt auch die Zollpolitik der Vereinigten Staaten, und dieses Verfahren scheint geeignet, die internationale Arbeitsteilung zu verhindern.

Das Problem besteht also darin, eine Anpassung im Niveau und in der Struktur der Zölle durchzuführen, und zwar so, daß sie die industrielle Entwicklung in den relativ rückständigen Ländern fördern, ohne ein Hindernis für die zwischenstaatliche Spezialisierung darzustellen. Die rationellste Art, dieses Doppelziel zu erreichen, wäre durch Einführung eines allgemeingültigen *ad valorem*-Zollsatzes, der durchweg auf alle industriellen Erzeugnisse anzuwenden wäre, bei denen man damit rechnen kann, daß ihre Produktion auch in den weniger entwickel-

ten Ländern aufgenommen wird. Das absolute Zollniveau müßte von Land zu Land verschieden sein, und zwar im umgekehrten Verhältnis zu der von dem Land erreichten Entwicklungsstufe. Der beste Maßstab dafür, wie dringlich die Entwicklung und damit die Gewährung eines Schutzes für ein Land ist, würde sich aus der Höhe des Ueberschusses an landwirtschaftlichen Arbeitskräften ergeben.

Nach diesem Prinzip würde die einzige Auswir-

kung der Zollschränken darin bestehen, ein Gegengewicht gegen die allgemeine Benachteiligung zu liefern, der die Industrien in den weniger entwickelten Gebieten unterworfen sind, und da der Zoll keine Diskriminierung zugunsten bestimmter Industrien darstellen würde, wären dabei jedem Lande alle Möglichkeiten zur Spezialisierung in den Zweigen der industriellen Produktion erhalten geblieben, für die es die besten Voraussetzungen besitzt.

Zwischenstaatlicher Austausch von Arbeitskräften in Westeuropa

In der Zeit zwischen den beiden Kriegen wurde die Arbeitslosigkeit ein alles überschattendes unwiderlegbares Argument für die Errichtung von Schranken, durch die eine Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb Europas verhindert wurde. Selbst in Frankreich, das in den zwanziger Jahren noch eine beträchtliche Einwanderung aus anderen europäischen Ländern aufzuweisen hatte, versiegte dieser Zustrom nach 1930 gänzlich¹¹.

Seitdem sind in der Beschäftigungslage Westeuropas beträchtliche Veränderungen eingetreten. Die Gesamtarbeitslosenziffer ist gegenüber der Ende 1930 herrschenden Lage nur wenig gesunken, aber jetzt konzentriert sich die Arbeitslosigkeit hauptsächlich in den südlichen Ländern und in Westdeutschland, während in verschiedenen Ländern Nord- und Nordwesteuropas die Arbeitslosigkeit der Vorkriegszeit der Vollbeschäftigung gewichen ist, die manchmal sogar mit akutem Arbeitermangel in bestimmten Beschäftigungszweigen verknüpft ist.

Es könnte also erscheinen, als wären zu dieser Zeit die Bedingungen für eine Wiederaufnahme des zwischenstaatlichen Austausches von Arbeitskräften günstig gewesen. In erster Linie versprach ein Transfer von Arbeitskräften aus Ueberschußgebieten in Mangelgebiete besonders große Vorteile, und bei Sicherung einer anhaltenden Vollbeschäftigung hätte man erwarten können, daß sich auch der Widerstand gegen den Zustrom von Arbeitskräften aus Ländern mit starker Arbeitslosigkeit abgeschwächt hätte. Zweitens mußte es scheinen, als wäre jetzt die Zeit gekommen, die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes mit Freizügigkeit zwischen den Ländern zu unternehmen, welche die Vollbeschäftigung erreicht hatten und fest entschlossen waren, sie aufrechtzuerhalten.

In Wirklichkeit ist weder in der einen noch in der anderen Richtung viel erreicht worden, obgleich der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter vor allen Dingen in Schweden und in geringerem Ausmaß auch in Großbritannien nachgelassen zu haben scheint. Am stärksten war dies beim britischen Kohlenbergbau in Erscheinung getreten, wo es nicht gelang, genügend Arbeitskräfte heranzuziehen.

Wanderungsbewegungen im Kohlenbergbau

Der langsame Wiederaufbau im Kohlenbergbau nach dem Kriege war hauptsächlich auf die Schwierigkeiten bei der Anwerbung von Arbeitskräften zurückzuführen. In Frankreich und Belgien wurde das Problem weitgehend durch Beschäftigung von ausländischen Arbeitern, meistens Italienern¹², gelöst. In Großbritannien dagegen war das nur in ganz beschränktem Maße möglich. Von Ende 1945 bis Ende 1948 stieg die Gesamtzahl der Kohlenbergarbeiter von 700 000 auf 730 000, und zwar in erster Linie durch die Einstellung von Mitgliedern des polnischen Wiederansiedlungskorps und von Verschleppten Personen, denen die Zulassung zum britischen Arbeitsmarkt gewährt wurde. Von 1948 bis 1950 sank sie wieder auf 690 000. Es überrascht nicht, daß der britische Arbeiter, solange Vollbeschäftigung herrscht, ungern Beschäftigung im Bergbau annimmt, wo die Arbeit sehr schwer ist und wo in nicht allzu ferner Vergangenheit noch Zustände herrschten, die diese Gegenden zum Prototyp der Elendsgebiete machten. Aber es ist bedauerlich, daß der Beschäftigung von italienischen Bergarbeitern, und sei es nur vorübergehend, ein so zäher Widerstand entgegengesetzt wird¹³.

Die in Großbritannien gemachten Erfahrungen sind ein besonders krasses Beispiel für die allgemeinen Hindernisse, die der Wanderung von Arbeitskräften entgegenstehen. Während der langen Jahre, in denen einschränkende Bestimmungen an der Tagesordnung waren, hat sich eine ablehnende Haltung gegenüber ausländischer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt entwickelt, die nicht so leicht zu überwinden ist, und wenn auch schon einige Jahre lang Vollbeschäftigung herrscht, so hat der Arbeiter die Gefahr der Arbeitslosigkeit doch noch nicht vergessen.

Ein besonders schwieriges Problem bei der Übernahme von Arbeitskräften aus Ländern mit stärkerer Arbeitslosigkeit besteht darin, daß die Einwanderer gewöhnlich nur vorübergehend zugelassen werden. Dabei wird nach dem Grundsatz verfahren, daß die zuletzt Gekommenen zuerst wieder gehen müssen. In der Schweiz zum Beispiel wurde eine große Anzahl von ausländischen Arbeitern (hauptsächlich Ita-

liener) vorübergehend zugelassen, aber sobald eine Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten eintritt, werden ihre Arbeitsgenehmigungen nicht mehr erneuert. Diese Form der „Schock-Einfuhr“ von Arbeitskräften, die die eingewanderten Arbeiter davon abhält, sich endgültig unter neuen Verhältnissen anzusiedeln, ist ein höchst unerwünschtes Verfahren. Aber es ist schwierig, eine Methode zu finden, bei der die eingewanderten Arbeitskräfte in Zeiten der Arbeitslosigkeit gegen Diskriminierung geschützt wären.

Ogleich durch die Abwanderung von Arbeitskräften aus Ländern mit starker Arbeitslosigkeit ganz

gute Ergebnisse erzielt werden könnten, wenn es darum geht, einem anhaltenden Mangel an Arbeitskräften auf bestimmten Gebieten abzuhelpen, ist es klar, daß man eine umfassende Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit nicht auf diese Weise herbeiführen kann. Unter den heutigen Verhältnissen ist die Abschaffung der Arbeitslosigkeit in den in Frage kommenden Ländern eher die Vorbedingung für die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt als umgekehrt. Man müßte also bei den Ländern mit stabilen Beschäftigungsverhältnissen anfangen, die Möglichkeiten zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes zu ergründen.

Die Möglichkeiten zur Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes

Unter Schaffung eines „gemeinsamen Arbeitsmarktes“ stellt man sich im allgemeinen eine Etappe im Rahmen einer weitergehenden Entwicklung vor, die zur Föderation einer kleineren oder größeren Anzahl westeuropäischer Länder führen soll. Es ist aber nicht einzusehen, warum man noch abwarten soll, bis die politischen Verhältnisse auf breiterer Ebene so weit herangereift sind. Die Frage einer Auflösung der Grenzen für Arbeitskräfte kann durchaus schon überall dort, wo die Verhältnisse es zulassen, durch bilaterale Abkommen geregelt werden. Auf diesem Gebiete sind nur geringe Fortschritte zu verzeichnen, was darauf schließen läßt, daß man es versäumt hat, die Vorteile der Vollbeschäftigung auszunutzen.

In Skandinavien sind einige Versuche gemacht worden, die zwar noch nicht die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes, aber doch schon die „Liberalisierung“ der zwischenstaatlichen Bewegungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte zum Ziele hatten. Eine entsprechende Konvention wurde 1945 anläßlich einer Zusammenkunft der Sozialminister entworfen. Diese Konvention, die bisher nur von Dänemark und Schweden ratifiziert worden ist, gibt Arbeitnehmern das Recht, sich innerhalb der Mitgliedsländer frei zu bewegen ohne besondere Wohn- oder Arbeitsgenehmigung. Darüber hinaus haben sich die Arbeitsämter verpflichtet, gegebenenfalls bei der Ueberweisung geeigneter Arbeitskräfte in ein Defizitland mitzuwirken, allerdings nur soweit

das nicht zu Mangerscheinungen am eigenen Arbeitsmarkt führt. In einer anderen Konvention wurde vereinbart, daß die in einem Land für die Arbeitslosenversicherung eingezahlten Beträge auch in den anderen Ländern Gültigkeit haben sollten.

Bis jetzt haben diese Abmachungen nur zu bescheidenen Ergebnissen geführt. Ende 1952 gab es in Schweden 126 000 ausländische Arbeiter, darunter 23 000 Dänen. Von den letztgenannten waren nur sehr wenige¹⁴ im Rahmen der Konvention durch das dänische Arbeitsamt angeworben worden. Die private Anwerbung von Arbeitskräften ist zwar gestattet, aber die dänische und die schwedische Regierung unterstützen diese Unternehmungen nicht.

So hat die Bewegungsfreiheit der Arbeitskräfte in Skandinavien (ebenso wie in den Beneluxstaaten¹⁵), soweit sie bisher eingeführt worden ist, noch keine besonders augenfälligen Ergebnisse gezeitigt, und es hat den Anschein, als müßten außer der Beseitigung der administrativen Hindernisse noch positivere Anreize gegeben werden, um die Wanderungsbewegung von Arbeitskräften, besonders der jüngeren Altersklassen, zu fördern. Diese Schlußfolgerung enthält natürlich ein Werturteil über den zwischenstaatlichen Austausch von Arbeitskräften, das nicht nur von den rein wirtschaftlichen Erwägungen ausgeht: Es besteht ein bedeutender Unterschied zwischen der Freizügigkeit im Warenverkehr und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte, der darin liegt, daß die letztere als Selbstzweck angesehen werden kann.

Der Kapitalverkehr in Westeuropa

Der Rückgang im intereuropäischen Leihverkehr

Seit dem Zusammenbruch des Jahres 1931 hat es in Europa nur noch die Ueberreste eines internationalen Kapitalmarktes gegeben. Der langfristige Leihverkehr ist zu sehr dünnen und unregelmäßigen Rinnsalen zusammengeschmolzen, und der internationale Geldmarkt, soweit man überhaupt noch von einem solchen sprechen kann, ist spekulativen

Einflüssen unterworfen, deren unerwünschte Auswirkungen oft darin bestehen, eine vorübergehende Gleichgewichtsstörung noch zu verstärken, anstatt das Gleichgewicht wiederherzustellen¹⁶.

Das Fehlen der politischen und währungspolitischen Stabilität hat den ausländischen Leihverkehr zu einem riskanten Unternehmen gemacht. Dazu kamen in den letzten Jahren die Devisenkontrollen,

welche die weitere Gefahr mit sich brachten, daß die Repatriierung von Kapital und Einkommen verboten werden konnten¹⁷. Schließlich hat die zunehmende Bedeutung der Besteuerung dazu geführt, daß Unterschiede in den Steuersystemen und die Gefahr weiterer Änderungen eine größere Tragweite erlangt haben. Dieser Steigerung des Risikos bei ausländischen Investitionen steht im Inland eine Tendenz gegenüber, die Investitionen durch Schutzmaßnahmen und monopolistische Einstellung de facto zu garantieren.

Aber damit ist noch nicht alles gesagt. Eine aktive Politik der Vollbeschäftigung, besonders wenn sie in der ausgesprochenen Form des „Nationalbudgets“ verfolgt wird, bringt unvermeidlich eine Tendenz zur „Kapitalautarkie“ mit sich, wenn man es so nennen will. Wenn über die Zuteilung der für Investitionen und Verbrauch zur Verfügung stehenden Mittel, sowie über das Lohnniveau und die Einnahmen der Landwirtschaft in politischen Verhandlungen zwischen den fest untereinander abgegrenzten Interessengruppen innerhalb eines Landes bestimmt wird, so wird dabei natürlich ein Druck auf die Investitionsplanung ausgeübt, alle zur Verfügung stehenden Spareinlagen für inländische Verwendung vorzusehen. Es ist klar, welche Folgen dies für den internationalen Leihverkehr haben muß, wenn man bedenkt, daß es sich bei den Staaten, die eine „Haushaltsplanung“ in irgendeiner Form durchführen, gleichzeitig meistens gerade um die reicheren Länder handelt, von denen sonst ein Kapitalüberschuß für den Export zu erwarten gewesen wäre¹⁸.

In den ersten Nachkriegsjahren, bis etwa 1947, fanden noch bedeutende Kapital-Transferaktionen unter den westeuropäischen Ländern statt, und zwar häufig in der Form von Regierungskrediten. Diese Kredite waren teilweise dazu bestimmt, außergewöhnlich hohe Wiederaufbauaufwendungen zu finanzieren, und wurden oft in Verbindung mit dem Verrechnungsverkehr aus bilateralen Handelsbeziehungen gewährt. Die kreditgewährenden Länder waren Belgien, Schweden, die Schweiz und Großbritannien; zu den Empfängerländern gehörten in erster Linie Frankreich, die Niederlande und — für die schwedischen Kredite — Norwegen und Finnland¹⁹. Seit 1947 sind nur noch wenige geringfügige Kapitalbewegungen zwischen den westeuropäischen Ländern zu verzeichnen²⁰.

Die Notwendigkeit eines intensiveren Kapitalverkehrs innerhalb Westeuropas

Bis vor kurzem war das Fehlen größerer Kapitalbewegungen innerhalb Europas noch kein so schwerwiegendes Problem, da ein anhaltender und sehr beträchtlicher Kapitalstrom aus den Vereinigten Staaten den meisten westeuropäischen Ländern in

Form von Anleihen und Zuschüssen zufließte. Dieser Zufluß wurde bewußt ungefähr im Verhältnis zu ihrem Bedarf an ausländischer Finanzhilfe in die verschiedenen Länder gelenkt. Mit der kürzlich erfolgten einschneidenden Kürzung dieser amerikanischen Hilfe wird sich jedes Land jetzt vor die Notwendigkeit gestellt sehen, seine Investitionen völlig aus eigenen Ersparnissen zu finanzieren, solange der intereuropäische Leihverkehr sich nicht wieder belebt hat.

Das ist besonders bedeutungsvoll für die ärmeren Länder Westeuropas, für die sich das Problem ergibt, wie sie es vermeiden können, noch weiter hinter den übrigen Ländern zurückzubleiben. In einem früheren Abschnitt dieses Beitrages wurde ausgeführt, daß diese Länder Schutz gegen ausländische Konkurrenz benötigten, wenn sie ihre Industrie ausbauen sollen. Aber damit ist natürlich nur eine Vorbedingung für eine Weiterentwicklung dieser Länder genannt. Das grundlegende Problem für sie ist die Armut. Bei jedem Versuch einer Ausweitung der Investitionen und Einkommen sehen sie sich dem Problem gegenüber, die Versorgung mit den zusätzlichen Verbrauchsgütern (vor allem Nahrungsmitteln) schnell genug zu gewährleisten, um dem Mehrbedarf zu begegnen, der sich daraus ergibt. Damit stehen sie dann unmittelbar vor Inflationsproblemen und Zahlungsausgleichsschwierigkeiten. Wenn der wirtschaftliche Aufbau dieser Länder trotzdem weitergeführt werden soll, gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder Kapitalimport oder die Einführung von Kontrollen, soweit sie notwendig sind, um die Ausgabenstruktur der Produktionsstruktur anzupassen.

Aus diesen Überlegungen ist es klar, daß vieles für den Kapitalabfluß aus den reicheren Ländern Nord- und Nordwesteuropas nach den ärmeren Ländern vor allem Südeuropas spricht. Dabei erübrigt es sich, darauf hinzuweisen, daß es kaum möglich sein dürfte, einen solchen Kapitalabfluß durch Privatinvestitionen aufzubringen. Staatliche Mitwirkung in der einen oder anderen Form wäre erforderlich. Aber man sollte nicht die Schwierigkeiten unterschätzen, die sich für solche Kapitalbewegungen ergeben werden. In den reicheren Ländern Westeuropas sind die Spareinlagen ebenso wie in den ärmeren Ländern gering im Verhältnis zu dem Volumen der inländischen Investitionen, die allgemein bevorzugt werden. Die Entwicklung von industriell zurückgebliebenen Ländern liegt jedoch langfristig im Interesse Gesamteuropas. Das tritt am deutlichsten zutage, wenn man an die Möglichkeiten zur Steigerung ihrer landwirtschaftlichen Produktion denkt, durch die eine weitere Erhöhung der Einfuhren von landwirtschaftlichen Produkten aus Übersee vermieden werden könnte. Um dieses gemeinsame Interesse zu verdeutlichen, könnte die Finanzhilfe in Form von Anleihen für die landwirtschaftliche Entwicklung erfolgen, wo-

durch die Empfängerländer in die Lage versetzt würden, ihre eigenen Kapitalquellen für industrielle Investitionen auszunützen.

Internationale Koordinierung der Investitionen

Das Fehlen eines internationalen Kapitalmarktes führt dazu, daß sich bei der Verteilung der Investitionen ein verzerrtes Bild ergibt. Erstens deutet schon die Tatsache, daß die Kapitalversorgung in jedem Lande unmittelbar von der Höhe der an Ort und Stelle verfügbaren Spareinlagen abhängig ist, auf eine falsche Verteilung der gesamten für Investitionszwecke verfügbaren Mittel unter den Ländern hin. Zweitens wird aus demselben Grunde über die Verteilung der für Investitionszwecke vorhandenen Mittel an bestimmte Industrien jeweils innerhalb der Grenzen der nationalen Volkswirtschaften entschieden. Bis zu einem gewissen Grade könnte hier durch Bemühungen um eine internationale Koordinierung der Investitionsplanung abgeholfen werden, aber die fundamentalen durch die „Kapitalautarkie“ verursachten Verzerrungen lassen sich dadurch nicht beheben.

In den Anfangsstadien der OEEC galt es als deren Hauptaufgabe, bei der Vorbereitung und Durchführung des von dem Außenminister der Vereinigten Staaten vorgeschlagenen „gemeinsamen Wiederaufbauprogramms“ die Investitionsplanung der Länder aufeinander abzustimmen. Man versuchte, zu Abmachungen über die Placierung von Investitionen, besonders auf den Gebieten der Oelraffinerien und der Eisen- und Stahlindustrie zu kommen. Damals waren die Vorbedingungen für das Gelingen derartiger Versuche besonders günstig, da man den großen Zustrom amerikanischer Finanzhilfe dazu verwenden konnte, Abmachungen über die Placierung von Investitionen zu koordinieren und zu unterstützen. Trotzdem sind kaum praktische Ergebnisse zu verzeichnen gewesen, und diese Bemühungen wurden weitgehend eingestellt. Statt dessen wird jetzt die Liberalisierung des Handels mit besonderem Nachdruck vertreten, und es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die Aufhebung quantitativer Restriktionen im Warenhandel automatisch die erwünschte Standortentwicklung der Industrie zur Folge haben würde.

Die Notwendigkeit einer internationalen Investitionsplanung ergibt sich am dringendsten für die Industriezweige, die wie Kohle, Elektrizität und Stahl²¹ der Wirtschaft die Grundstoffe liefern und bei denen Investitionen kostspielig sind und erst nach längerer Zeit Gewinn abwerfen, so daß eine Fehlleitung von Investitionen entsprechend höhere Unkosten verursachen würde. In diesen Wirtschaftszweigen könnte gegenseitige Beratung auf internationaler Ebene sich als eine nützliche Methode erweisen, um die Tendenzen zur nationalen Autarkie

zu überwinden. Ein erster Schritt auf diesem Wege wurde von der Gemeinschaft für Kohle und Stahl gemacht, indem der Hohen Behörde Vollmachten auf dem Gebiete der Investitionspolitik übertragen wurden. Durch die Tatsache, daß sie außerdem als Finanzquelle in Erscheinung tritt, wird ihre Bedeutung voraussichtlich noch erhöht werden. Eine solche Koordinierung der Investitionen, wenn sie voll wirksam sein soll, müßte eine größere Anzahl europäischer Länder umfassen.

In der Fertigwarenindustrie im allgemeinen ist das Betätigungsfeld für eine direkte internationale Investitionsplanung natürlich viel kleiner²². Aber es sollte zum mindesten möglich sein, zu einer Einigung darüber zu gelangen, wie eine unwirtschaftliche Streuung von solchen Investitionen vermieden werden kann, die dazu bestimmt sind, Produktionskapazitäten zur Herstellung neuer Warenarten oder zur Ausbeutung neuer industrieller Herstellungsverfahren zu schaffen. In der Vergangenheit ist es oft vorgekommen, daß zu viele Länder gleichzeitig versucht haben, neue, in starker Expansion befindliche Produktionszweige auszubauen, und wenn einmal Kapitalinteressen in einer Industrie beteiligt sind, wird meistens auch der Schutz gewährt, den sie in jedem einzelnen Falle nötig hat. Es wäre viel gewonnen, wenn die Staaten durch internationale Abmachung darauf verzichten würden, neuen Industrien besonderen Schutz zu gewähren.

Die Aussichten für eine internationale Einigung über gemeinsam zu fassende Beschlüsse in der Investitionsplanung scheinen gering. Aber wenn auch keine formellen Entscheidungen vorliegen, so dürfte doch die Tatsache, daß die Investitionsprobleme verschiedener Industrien in internationalen Organisationen erörtert werden, von erheblicher Bedeutung für die von den verschiedenen Ländern zu treffenden Entscheidungen sein. Ebenso sind auch die internationalen Untersuchungen über die Entwicklung von Nachfrage und Angebot für Schlüsselindustrien und Schlüsselmaterialien unter Umständen wichtig, indem sie die von den verschiedenen Ländern durchgeführten Untersuchungen über die industrielle Entwicklung in einen internationalen Rahmen stellen und der Wirtschaft und den Regierungen bei ihren Entscheidungen über die Investitionspolitik wertvolle Hinweise geben²³.

Eine wesentliche Bedingung, die die Nützlichkeit dieser Untersuchungen gewährleistet, ist die, daß sie unabhängig von bestimmten industriellen und nationalen Interessen aber gleichzeitig in engem Kontakt mit diesen Interessengruppen ausgearbeitet werden.

Nach dieser Betrachtung über die allgemeineren Probleme der wirtschaftlichen Integration in Westeuropa sollen in den nächsten Abschnitten einige Sonderfragen erörtert werden. Darunter fallen auch

die Bemühungen um den Abbau der Handelsschranken, sei es durch Bildung von Zollunionen, durch die Abschaffung quantitativer Restriktionen oder durch

die Schaffung „gemeinsamer Märkte“ für die Erzeugnisse bestimmter Industrien.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

1) Dies bezieht sich auf den gesamten Handel der europäischen Länder untereinander einschließlich des Ost-West-handels.

2) Eine eingehende Betrachtung über die wirtschaftliche Bedeutung der Teilung Deutschlands findet sich in „The Regional Interdependence of Germany“, in *Economic Bulletin for Europe*, Band 1, Nr. 3.

3) Stalin beschrieb kürzlich in einem Artikel die politischen Faktoren, die auf beiden Seiten dazu beitragen, den Schnitt durch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West zu vertiefen. Vgl. hierzu EA, 22—23/1952, S. 5303, ff., insbesondere S. 5312.

4) Eine eingehende Untersuchung findet sich in „Developments in Trade between Eastern and Western Europe from 1950 to mid-1952“ in *Economic Bulletin for Europe*, Bd. 4, Nr. 3.

5) Die Begriffe „Ost“- und „West“-Europa werden hier in dem jetzt allgemein üblich gewordenen Sinne verwendet. Unter „Osteuropa“ versteht man Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien und Ostdeutschland (aber nicht die Sowjetunion). Unter „Westeuropa“ werden alle übrigen europäischen Länder (mit Ausnahme Jugoslawiens) einschließlich Finnlands im Nordosten und Griechenlands und der Türkei im Südosten verstanden. Jugoslawien stellt als sozialistische, aber von den anderen Ländern der „östlichen“ Gruppe abgeschnittene Volkswirtschaft einen Sonderfall dar. Die besonderen Probleme der Beziehungen Jugoslawiens zur übrigen Welt werden in diesem Kapitel nicht behandelt.

6) Zum Beispiel belief sich der Handel zwischen fünf der osteuropäischen Länder (Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien) im Jahre 1951 wahrscheinlich auf etwa 600 Millionen Dollar. Dies ist nicht viel mehr als das jährliche Handelsvolumen der vier viel kleineren skandinavischen Länder, die nach westeuropäischem Maßstab keine intensiven Handelsbeziehungen miteinander pflegen, da ihre Volkswirtschaften weitgehend miteinander konkurrieren.

7) Während der 75 Jahre von 1861 bis 1936 hat sich die Bevölkerung in Südtalien um etwa 60 vH vermehrt, während die Zahl der in Industrie- und Transportwesen Beschäftigten etwas gesunken ist. Der Anteil der letzteren an der Gesamtbevölkerung ist damit von 17,3 vH im Jahre 1861 auf nur 10,4 vH im Jahre 1936 gesunken. Für die späteren Jahre liegen keine vergleichbaren Informationen vor, aber aus den hier wiedergegebenen Zahlen für die Verteilung der gesamten Industriebevölkerung auf Nord- und Südtalien kann man auf eine weitere Verschärfung der Ungleichheiten schließen.

	In Prozenten	
	1938	1951
Norditalien	81,6	82,9
Südtalien	18,4	17,1
Insgesamt	100,0	100,0

Quellen: A. Molinari: „Südtalien“, Banca Nazionale del Lavoro, *Quarterly Review*, Nr. 8, 1949, Seite 27, und *Relazione del Consiglio di Amministrazione al Bilancio 1951*, veröffentlicht von SVIMEZ, Rom 1952, Seite 24.

8) Die Türkei mit ihrer geringen Bevölkerungsdichte bildet eine Ausnahme zu dieser allgemeinen Feststellung.

9) Wenn man von einem Überschuß an Arbeitskräften in der Landwirtschaft spricht, so soll damit gesagt sein, daß Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in andere Wirtschaftszweige abgezogen werden könnten, ohne daß die landwirtschaftliche Erzeugung wesentlich oder überhaupt dadurch beeinträchtigt würde — oder mit anderen Worten, daß eine Steigerung der industriellen Erzeugung der Gemeinschaft nur verhältnismäßig geringe Kosten verursachen würde.

10) Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, daß im Rahmen der Erörterungen über das Problem der wirtschaft-

lichen Entwicklung in Südtalien von einigen Autoren Lösungen angeregt werden, die der Errichtung von Zollschranken zwischen den beiden Landesteilen ziemlich nahekommen. Vgl. hierzu: A. F. Voechting: „Industrialization or 'Pre-industrialization' in Southern Italy?“, Banca Nazionale del Lavoro, *Quarterly Review*, Nr. 21, 1952, Seite 74.

11) Für die jährliche Einwanderung nach Frankreich aus anderen europäischen Ländern ergibt sich in den Jahren 1925 bis 1930 ein Nettodurchschnitt von etwa 100 000. In der Zeit von 1934 bis 1939 war der Jahresdurchschnitt nur noch 15 000. („Yearbook of Labour Statistics“, 1941 ILO, Montreal, 1942.)

12) In Belgien betrug die Gesamtzahl der im Kohlenbergbau Beschäftigten 1952 160 000, davon 71 000 Ausländer (im erster Linie Italiener). In Frankreich belief sich die Bruttoeinwanderung von Bergarbeitern in den Jahren 1946 bis 1951 etwa auf 50 000, darunter 30 000 Italiener.

13) 1951 wurde ein Abkommen über die Beschäftigung von 6000 italienischen Arbeitern getroffen. Aber sogar dieser bescheidene Plan schlug gänzlich fehl. Nur 1500 Italiener trafen in Großbritannien ein, und kaum hatten sie die Sprachkurse verlassen, um die Bergarbeit aufzunehmen, als sich auch schon Schwierigkeiten mit den örtlichen Gewerkschaften ergaben.

14) Nur 9 im Jahre 1949/50 und 524 im Jahre 1950/51.

15) Zwischen den Benelux-Staaten besteht Freizügigkeit für Arbeitskräfte, aber bisher haben tatsächlich wenige oder keine Wanderungsbewegungen stattgefunden, was zum Teil auf die anhaltende Arbeitslosigkeit in Belgien zurückzuführen ist.

16) So wirkte sich zum Beispiel die Spekulation während der kürzlichen Sterling-Krisen aus.

17) Diese Erwägungen scheinen sich auch auf die Kapitalbewegungen innerhalb der westeuropäischen Länder abschreckend auszuwirken, obgleich die bisherigen Erfahrungen diese Befürchtungen nicht zu rechtfertigen scheinen.

18) Es besteht eine augenfällige Analogie zwischen der rückläufigen Bewegung auf dem Kapitalmarkt der Länder untereinander und innerhalb der Länder. Der zunehmenden Beteiligung der Regierungen am internationalen Leihverkehr steht innerhalb der Länder die zunehmende Bedeutung des öffentlichen Sparens gegenüber, und der Entwicklung auf die nationale „Kapitalautarkie“ entspricht in der Industrie die wachsende Bedeutung der Selbstfinanzierung.

19) Insgesamt beliefen sich diese Anleihen auf einen Betrag von 900 Millionen Dollar (nach dem vor der Abwertung geltenden Wechselkurs). Davon entfielen 400 Millionen Dollar auf die Anleihe, die Großbritannien im Rahmen des Währungsabkommens vom Dezember 1946 an Frankreich gewährte.

20) Auf dem Gebiet der von Staats wegen gewährten Investitionen ist die Schweiz als einziges kreditgewährendes Land aufgetreten. Diese Investitionen wurden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder privaten Gesellschaften in Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Frankreich und Italien in Anspruch genommen. Auf dem Gebiet der übrigen privaten Investitionen liegen nur unvollständige Angaben vor, die darauf schließen lassen, daß der Gesamtbetrag ziemlich niedrig liegt (auf keinen Fall mehr als einige 100 Millionen Dollar). Der größte Teil dieser Investitionen war für die Finanzierung der Raffinerie- und Absatzoperationen von Oelgesellschaften bestimmt. Vgl. „Intra-European Investments“, veröffentlicht von der OEEC, Paris, 1951.

21) Ein weiteres Gebiet, auf dem die internationale Koordinierung der Investitionspolitik von großem Nutzen sein könnte, ist das Transportwesen. Vgl. hierzu die Ausführungen im 2. Teil dieses Berichtes in der nächsten Folge des Europa-Archivs.

22) Selbst in den Benelux-Staaten, wo die Koordinierung der Investitionspolitik besonders dringend zu sein scheint, sind noch keinerlei Schritte hierzu unternommen worden. Vgl. den 2. Teil dieses Berichtes in der nächsten Folge des Europa-Archivs.

Kurzberichte und Zeittafel

Die Außenministerkonferenz in Rom und das Schicksal der EVG

In Rom traten am 24. und 25. Februar 1953 die Außenminister der sechs Staaten der Europäischen Gemeinschaft zu einer Konferenz über schwebende Fragen der europäischen Einigung zusammen. Auf der Tagesordnung standen der niederländische Vorschlag für eine Zollunion sowie eine Fühlungnahme über die weiteren Schritte zur Errichtung der Europäischen Politischen Gemeinschaft.

Der Zollunions-Vorschlag war in einem Memorandum der niederländischen Regierung vom 18. Februar enthalten. Die Niederlande hatten vorgeschlagen, neue Schritte zur wirtschaftlichen Integration zu unternehmen, insbesondere die schrittweise Schaffung gemeinsamer Zolltarife, den Abbau der restlichen Handelsschranken und die Errichtung eines gemeinsamen Marktes für alle Güter. Dazu sollte im Statut der künftigen Europäischen Politischen Gemeinschaft eine Klausel eingebaut werden, welche die Mitgliedstaaten zur Verfolgung dieser Ziele verpflichtet. Die Außenminister nahmen diesen Vorschlag im Prinzip an und sagten seine Prüfung durch ihre Regierungen zu; allerdings warnte der französische Außenminister, *Bidault*, vor allzu schnellem Vorwärtsschreiten auf diesem Gebiet.

Ueber die Europäische Politische Gemeinschaft konnte aus Zeitmangel kaum gesprochen werden; die Minister kamen lediglich überein, am 9. März in Straßburg zusammenzutreten, um den von der ad hoc-Versammlung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf entgegenzunehmen.

Das beherrschende Thema der Konferenz, das alle anderen Fragen in den Hintergrund drängte, war jedoch die Krise der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die durch die französischen Wünsche nach Zusatzprotokollen zum EVG-Vertrag ausgelöst worden war. Die französischen Protokollentwürfe waren am 11. Februar den Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten sowie der britischen und amerikanischen Regierung zugestellt worden. Sie wurden nicht veröffentlicht, doch gab Außenminister *Bidault* am 18. Februar dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung folgenden Inhalt bekannt:

- 1 u. 2: Frankreich wünscht die Erhaltung der Einheit seiner Armee. Deshalb soll die Entscheidung über die Bestimmung der französischen Kontingente sowie über ihren Austausch und über Ernennungen in ihnen der französischen Regierung vorbehalten bleiben.
- 3: Die vorläufige Verteilung der Stimmen im Rat der EVG (Frankreich, Deutschland und Italien je 3, Belgien und die Niederlande je 2, Luxemburg 1) soll als endgültig

fixiert werden, und der Artikel 43, der eine Verteilung der Stimmen nach dem Ausmaß des Beitrages der Mitgliedstaaten vorsah, soll wegfallen.

- 4: Die nichtdeutschen Kontingente der EVG, die in Deutschland stationiert sind, sollen den amerikanischen und britischen Truppen in Deutschland rechtlich gleichgestellt werden.
- 5: Frankreich beansprucht neben der amerikanischen Rüstungshilfe an die EVG besondere Zuteilungen für seine nationalen Streitkräfte und für Indochina.
- 6: (gestrichen).
- 7: Die vom Kommissariat der EVG auszuarbeitenden Mobilisierungspläne sollen für die einzelnen Regierungen nur als Richtlinien gelten.
- 8: Technische Bestimmungen über die Kaderschulen.
- 9: Frankreich beansprucht eine generelle Erlaubnis zur Aufrechterhaltung einer vom EVG-Kommissariat nicht kontrollierten Rüstungsproduktion für seine nationalen Streitkräfte.
- 10: Frankreich beansprucht das Recht, im Falle einer Gefahr für seine überseeischen Gebiete Truppenteile ohne Genehmigung des NATO-Oberbefehlshabers aus seinem EVG-Kontingent herausziehen zu können.

Damit beabsichtigt die französische Regierung, gewisse Bedenken der Abgeordneten der Nationalversammlung gegen die Ratifizierung des EVG-Vertrags aus dem Wege zu räumen (vgl. dazu EA 3/1953, S. 5484).

Die Verhandlungen in Rom wurden zu einer Auseinandersetzung zwischen *Adenauer* und *Bidault*, in die von den übrigen Ministern, insbesondere vom italienischen Ministerpräsidenten, *de Gasperi*, vermittelnd eingegriffen wurde. *Adenauer* vertrat den Standpunkt, daß die Protokolle den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten verletzen und der Bundesrepublik einseitige Verpflichtungen auferlegten. Er erhob außerdem die Forderung, daß in den Verfahren zur Ratifizierung des EVG-Vertrages unter keinen Umständen eine Verzögerung eintreten dürfe, und begründete dies mit einer Gegenüberstellung der Zahlen der sowjetischen Rüstung und der Zahl der in Westeuropa abgehaltenen Konferenzen. *Bidault* verteidigte die Protokolle, gab aber schließlich zu verstehen, daß die französische Regierung mit einer Erörterung ihres Inhalts und gegebenenfalls mit einer Neuformulierung einverstanden sei. So einigte man sich auf die im Communiqué niedergelegte Kompromißformel, daß der Interimsausschuß unter Berücksichtigung der überseeischen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten eine Ueberprüfung der „zu interpretierenden Texte des Vertrages“ vornehmen soll, ohne daß dadurch die Ratifi-

zierungsverfahren beeinträchtigt werden sollen (vgl. den Wortlaut des Communiqués in EA 5/1953, S. 5543).

Der Optimismus, den die Formulierungen des Communiqués und die ersten Äußerungen der Minister erweckten, sollte jedoch nicht lange anhalten. Adenauer und de Gasperi hatten am 26. Februar in Rom die Ansicht vertreten, der europäische Gedanke habe wieder eine Festigung erfahren. Der amerikanische Außenminister, *Dulles*, begrüßte die Ergebnisse der Konferenz als einen weiteren Schritt zur Verwirklichung der EVG. Es zeigte sich jedoch bald, daß der Inhalt des Kompromisses auf französischer und deutscher Seite verschieden ausgelegt wurde. *Bidault* sagte am 28. Februar auf einer Pressekonferenz in Rom, daß eine Ratifizierung durch die französische Nationalversammlung ohne vorherige Klärung der Frage der Zusatzprotokolle ausgeschlossen sei. Er trat der Auffassung entgegen, daß Frankreich die Protokolle in ihrem ursprünglichen Wortlaut zurückgezogen habe, und erklärte außerdem Adenauers Hinweise auf die Gefahr aus dem Osten für übertrieben. *Adenauer* antwortete noch am gleichen Tage in einer Pressekonferenz in Bonn und betonte, daß auch *Bidault* auf der Konferenz der These zugestimmt habe, daß die Ratifizierungsverfahren nicht durch die Verhandlungen über die Protokolle — er nannte sie jetzt „Erläuterungsprotokolle“ — beeinträchtigt werden dürften. Im übrigen habe sich gezeigt, daß die Protokolle in ihrer ursprünglichen Form für alle anderen Mitgliedstaaten unannehmbar seien. Diese Äußerung wurde wiederum sofort durch einen Sprecher des französischen Außenministeriums zurückgewiesen. In seinem Bericht an die Nationalversammlung am 6. März erklärte *Bidault*, Frankreich müsse ungeachtet seiner Bemühungen um die europäische Einigung seine Großmachtstellung behaupten und imstande sein, die sich daraus ergebenden Verantwortlichkeiten zu tragen.

Malenkow übernimmt die Regierungsmacht in der Sowjetunion

Das wichtigste Ergebnis der Moskauer Regierungsbildung nach Stalins Tod ist die Tatsache, daß die stationäre Diktatur und damit die Autokratie als Staatsform erhalten geblieben sind. *Georgij M. Malenkow* ist der Nachfolger Stalins im Führeramte geworden. Als Vorsitzender des Ministerrates beherrscht er den gesamten Staats- und Wirtschaftsapparat. Das ihm ursprünglich ebenfalls übertragene Amt des Sekretärs des ZK der KPdSU ist inzwischen auf ein Sekretariat übergegangen, das sich aus folgenden Personen zusammensetzt: *N. S. Chruschtschew*, *N. A. Ssusslow*, *P. N. Pospelow*, *N. N. Schatalin* und *S. D. Ignatjew*. Die Ministerien für Staatssicherheit (MGB) und Innere Angelegenheiten (MWD) sind vereinigt und *Berija* als Stellvertreter Malenkows unterstellt worden. *L. M. Kaganowitsch* gehört als der für die Industrie und Wehrwirtschaft zuständige stellvertretende Ministerpräsident neben Malenkow und *Berija* dem neugebildeten Regierungspräsidium an. Weitere Mitglieder dieses fünfköpfigen Direktoriums unter Vorsitz Ma-

lenkows sind die stellvertretenden Ministerpräsidenten *Bulganin* und *Molotow*, welche die unmittelbare Leitung der Ministerien für Krieg und Auswärtige Angelegenheiten wie vor 1949 übernommen haben. Neben Malenkow und *Berija* dürfte Marschall *Bulganin* der stärkste Mann in der neuen sowjetischen Staatsführung sein. Er repräsentiert die Sowjetwehrmacht, die in keinem unmittelbaren Unterstellungsverhältnis zu Malenkow steht. Das Gewicht der Armee ist durch die Beförderung Marschall *Woroschilows* zum nominellen Staatsoberhaupt der UdSSR (an Stelle von *Schwernik*) und die Ernennung Marschall *Shukows* zum 2. stellvertretenden Kriegsminister gestärkt worden. Marschall *Wassilewskij* ist nunmehr 1. stellvertretender Kriegsminister.

Allgemein kann festgestellt werden, daß mit der *Berija-Malenkowgruppe* sich die Partei im Bunde mit der Staatspolizei durchgesetzt hat. Die Position der Wehrmacht ist jedoch so stark, daß ein gewisser Gleichgewichtsstand feststellbar ist, der einerseits in der Neubildung des Regierungspräsidiums, andererseits in der Reorganisation des Parteipräsidiums zum Ausdruck gekommen ist. Das neue ZK-Präsidium mit 10 Vollmitgliedern und 4 Kandidaten bedeutet praktisch eine Wiederherstellung des alten Politbüros, das auf dem 19. Parteikongreß aufgehoben worden war. Das Übergewicht der *Berija-Malenkowgruppe* im neuen Gremium scheint nicht so stark zu sein wie im bisherigen ZK-Präsidium von 25 Vollmitgliedern und 11 Kandidaten, das vom ZK-Sekretariat (unter Malenkow und *Chruschtschew*) völlig beherrscht wurde. Im neuen ZK-Präsidium fällt die verhältnismäßig starke Position der Wirtschaftsführer, wie *Mikojan*, *Saburow*, *Perwuchin*, auf. Immerhin gehört *Mikojan*, dem nunmehr sowohl der Außen- als auch der Binnenhandel untersteht, dem Regierungspräsidium nicht an. Der bisherige Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, *Schwernik*, hat das Amt eines Vorsitzenden des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften wieder übernommen, das er bis 1944 bekleidete. Sein Vorgänger, *W. W. Kusnezow*, ist zum neuen Sowjetbotschafter in Peking ernannt worden. *Wyshinskij* ist ebenfalls aus dem ZK-Präsidium ausgeschieden. Er bleibt wie vor 1949 Stellvertreter *Molotows* und wird Ständiger Vertreter der UdSSR bei den Vereinten Nationen. Eine Reihe von Industrieministerien sind unter *Saburow*, *Perwuchin* und *Malyschew* zusammengefaßt worden. Als Nachfolger von *Saburow* hat *Kosjatschenko* die Leitung der Staatlichen Plankommission übernommen. Eine gewisse Zurücksetzung haben der für Propaganda- und Kominformangelegenheiten zuständige ZK-Sekretär *Ssusslow* und die wenigen Kulturfunktionäre erfahren, die dem ZK-Präsidium bisher angehörten. Im Zusammenhang mit der „Aerzteverschwörung“ konnte festgestellt werden, daß sich die bisherigen Säuberungsaktionen in erster Linie gegen die sogenannte Kulturintelligenz, d. h. die Intellektuellen im engeren Sinn, richteten. Soziologisch gesehen hat sich mit Malenkow die Partei- und Wirtschaftsbükratie gegen die Sowjetintelligenz durchgesetzt, die von *Shdanow* trotz seiner rigorosen Kulturpolitik in stärkerem Maße gefördert worden war. *Boris Meißner*

Zeittafel vom 16. bis 28. Februar 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

16. Note der niederländischen Regierung an die Mitgliedstaaten der Montanunion mit dem Vorschlag der Errichtung einer europäischen Zollunion (vgl. Kurzbericht auf S. 5579).
17. Der Schweizer Bundesrat schlägt der Hohen Behörde der Montanunion die Akkreditierung einer Ständigen Delegation vor.
18. Die Hohe Behörde der Montanunion gibt die Beseitigung einer Reihe von diskriminierenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Bahntarife für Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Kohle, Eisen und Erz in den Mitgliedstaaten bekannt.
- 20.—21. Der Interimsausschuß der EVG prüft die von der französischen Regierung vorgeschlagenen Zusatzprotokolle zum Vertrag.
22. Eröffnung eines Instituts für Europäische Studien an der Universität Turin.
- 24.—25. Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Montanunion in Rom (vgl. Kurzbericht auf S. 5579).
26. Der Verfassungsausschuß der ad hoc-Versammlung verabschiedet in Paris mit 21 gegen 1 Stimme den Entwurf der Verfassung der Europäischen Politischen Gemeinschaft.

Nordatlantikpakt-Organisation

18. Der französische Vertreter im Ständigen Rat der NATO, *Hervé Alphand*, erläutert dem Rat die von der französischen Regierung vorgeschlagenen Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag.
27. Das Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa gibt bekannt, daß General *Ridgway* dem Ständigen Ausschuß die Vereinheitlichung des Oberkommandos in Mitteleuropa unter einem Befehlshaber für alle drei Waffengattungen vorgeschlagen habe.

Belgien

28. In Lüttich wird eine Konferenz der Wirtschaftsminister der BENELUX-Staaten fortgesetzt, die am 21. Februar in Valkenburg (Niederlande) begonnen worden war. Es kann keine Einigung über die Beseitigung des unterschiedlichen Preis- und Lohnniveaus in Belgien und den Niederlanden erzielt werden. Die Konferenz stimmt der Begrenzung bestimmter Einfuhren nach Belgien aus den Niederlanden und der Erhebung einer Steuer auf diese Einfuhren durch Belgien zu.

Dänemark

21. Beendigung der am 13. Februar in Kopenhagen begonnenen Sitzung des Nordischen Rates (vgl. Kurzbericht in EA 5/1953, S. 5546).

Deutschland

16. Die Äußerungen des Chefredakteurs des Bayerischen Rundfunks, *Walter von Cube*, zu dem Problem der

Sowjetzonenflüchtlinge lösen eine starke Reaktion in der Öffentlichkeit Berlins und der Bundesrepublik aus. Von *Cube* hatte am 14. Februar in einem Kommentar die Aufnahme der Flüchtlinge in Berlin und der Bundesrepublik als „selbstmörderische Humanität“ bezeichnet und die Schließung des Eisernen Vorhangs und die Anerkennung der DDR gefordert. Auch die Bundesregierung protestiert in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten, *Hans Ehard*. Am 25. Februar nimmt der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Ernst Reuter*, in einer Rede vor dem Bayerischen Rundfunk Stellung zu dem Kommentar von *Cube*. Er erklärt, für ein Volk, und besonders für das deutsche Volk, sei die echte Humanität die Grundlage der moralischen und politischen Existenz. Ohne sie käme Deutschland nicht aus dem Elend heraus, in dem es sich befinde, und ohne sie würde Deutschland kein Ansehen und keine Sympathien in der Welt gewinnen.

18. Der Parteivorstand der SPD wendet sich erneut gegen den Wahlgesetzentwurf der Bundesregierung und bezeichnet ihn als einen Anschlag auf die Grundlagen der Bundesrepublik. Außerdem erklärt er, die außenpolitische Lage der Bundesrepublik habe sich durch die französischen Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag und durch die Entwicklung der Saarfrage verschlechtert.
20. Vertreter der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnen in Berlin Warenlisten für den Interzonenhandel im Jahre 1953. Es sollen Waren im Werte von 408 Millionen Verrechnungseinheiten ausgetauscht werden.
20. Der Bundesrat billigt einstimmig das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen.
21. Der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen der Deutschen Partei wird vom Vorsitzenden des Direktoriums der Partei, *Heinrich Hellwege*, mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Der Landesverband wird neu organisiert. Diese Umgestaltung wird von der Parteileitung als eine interne Maßnahme bezeichnet. Der Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in der DDR wird aufgelöst.
24. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU stellt in Bonn im Hinblick auf die französischen Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag vier Forderungen: 1. Jede Gefährdung der politischen Integration Europas muß vermieden werden. 2. Die militärische Schlagkraft der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft darf durch die französischen Sonderwünsche nicht gemindert werden. 3. Die Zusatzprotokolle dürfen nicht zu einer Diskriminierung der Bundesrepublik führen. 4. Es kann nicht zugelassen werden, daß die französischen Kontingente, die im Bundesgebiet stationiert sind, einen im Rahmen des EVG-Vertrages nicht vorgesehenen Sonderstatus erhalten. Die Bundesregierung beantwortet das Schreiben der Alliierten Hohen Kommission vom 12. Februar zu den

Steuerreformplänen der Bundesregierung. Am 26. Februar führt Bundesfinanzminister *Schäffer* mit dem Leiter der MSA-Mission in der Bundesrepublik, *Harris*, Besprechungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag für das Jahr 1953/54. Schäffer erklärt, die Bundesrepublik könne höchstens einen Bruttobetrag von 12,9 Milliarden DM zur Verfügung stellen, der also um rund 1,7 Milliarden über dem von der NATO festgesetzten Betrag liege und in dem sogenannte anrechnungsfähige Verteidigungsausgaben für Berlin, die Sowjetzonenflüchtlinge und den Bundesgrenzschutz in Höhe von 4,3 Milliarden DM enthalten seien. Am gleichen Tage trifft der Sonderbotschafter des Amtes für gemeinsame Sicherheit, *William H. Draper*, in Bonn mit dem amerikanischen Hohen Kommissar, *Conant*, und mit dem Leiter der MSA-Mission, *Harris*, zusammen. Draper erklärt vor seiner Abreise am 27. Februar, der von Bundesfinanzminister Schäffer vorgesehene Betrag sei „nicht endgültig“. Er sei jedoch überzeugt, daß eine Einigung erzielt werde.

25. Der Gewerkschaftsausschuß der Einheitsgewerkschaft des Saarlandes beschließt die Aufnahme der am 21. Dezember 1952 gegründeten Industriegewerkschaft Bergbau an Stelle des am 5. Februar 1953 von der Regierung des Saarlandes aufgelösten Industrieverbandes Bergbau.

26. Bundeswirtschaftsminister *Erhard* fordert in einer Rede vor Angehörigen der Jungen Union in Düsseldorf den Abbau der Devisenzwangswirtschaft und den Übergang zur freien Konvertierbarkeit der Währungen in Europa. Den niederländischen Plan für eine europäische Zollunion bezeichnet er als „den falschen Weg zur wirtschaftlichen Integration Europas“.

In einem Interview mit der *Bonner Außenpolitischen Korrespondenz* schlägt der Bundestagsabgeordnete *Gerhard Luetkens* (SPD) vor, auf die europäische Integration zu verzichten und eine europäische „Sicherungsgemeinschaft“ in der Art des Brüsseler Paktes von 1948 zu errichten.

Besprechungen zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und dem französischen Außenminister *Bidault* über die Saarfrage in Rom (vgl. den Wortlaut des *Kommuniqués* in EA 5/1953, S. 5544).

26.—28. „Kongreß der werktätigen Bauern“ in Leipzig. In einer Ansprache am 27. Februar begrüßt Ministerpräsident *Grotewohl* die Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR, die eine völlige politische, technische und kulturelle Umgestaltung in den Dörfern und Landgemeinden hervorrufen werde. Im Verlauf seiner Rede richtet er auch Angriffe gegen den Westen und besonders gegen die Bundesrepublik. Als ersten Schritt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages fordert er den Sturz der Regierung *Adenauer*.

27. Unterzeichnung des Abkommens über die Regelung der deutschen Auslandsschulden in London (vgl. Großbritannien).

28. Presseerklärung Bundeskanzlers *Adenauer* über die Ergebnisse der Außenministerkonferenz in Rom (vgl. Kurzbericht auf S. 5579).

Die Ständige Delegation der DDR für die friedliche Lösung der deutschen Frage fordert auf einer Tagung in Berlin von den vier Großmächten den Abschluß eines Friedensvertrages unter Teilnahme west- und ostdeutscher Vertreter. Sie ruft die Bevölkerung der DDR angesichts der bevorstehenden Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge auf, zu verhindern, daß ein neuer Krieg ausbricht. Die Tagung beschließt ferner die Bildung eines Büros der Ständigen Delegation und beauftragt *Albert Norden* (SED) mit dessen Leitung.

Frankreich

19. Die Nationalversammlung billigt ein allgemeines Amnestiegesetz für Kriegsverbrechen von Franzosen, die zum Dienst in der Deutschen Wehrmacht gezwungen wurden. Daraufhin werden am 21. Februar die im Oradourprozeß zu Freiheitsstrafen verurteilten Elsässer freigelassen.

Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, *Guy Mollet*, erklärt vor sozialistischen Studenten in Paris, die Haltung seiner Partei zur Ratifizierung des EVG-Vertrages hänge von der Haltung Großbritanniens ab; nur wenn Großbritannien sich formell zu engster Assoziation und zur Stationierung von Truppen auf dem Kontinent verpflichte, würden die Sozialisten für die Ratifizierung stimmen.

25. General *de Gaulle* wendet sich in einer Pressekonferenz erneut scharf gegen den EVG-Vertrag, der die Französische Union zerbrechen und die europäischen Truppen zu einem Instrument der amerikanischen Strategie machen werde. Er erklärt die von der französischen Regierung vorgeschlagenen Zusatzprotokolle als den Versuch, die Ratifizierung den französischen Abgeordneten schmackhaft zu machen.

Griechenland

25. Nach mehrtägigen abschließenden Verhandlungen wird in Athen der Freundschaftspakt zwischen Jugoslawien, der Türkei und Griechenland paraphiert. Die Unterzeichnung des Vertrages erfolgt am 28. Februar in Ankara (vgl. Türkei).

Großbritannien

16. Das Unterhaus billigt in dritter Lesung das Gesetz, durch das die verstaatlichten Straßentransportunternehmen ihren früheren Eigentümern zurückgegeben werden.

17. In Beantwortung einer entgegengesetzten Erklärung des ägyptischen Ministerpräsidenten (vgl. Ägypten) bekräftigt Außenminister *Eden* vor dem Unterhaus die Ansicht der britischen Regierung, daß das britisch-ägyptische Sudan-Abkommen vom 12. Februar dem Sudan nach Erlangung seiner Selbständigkeit auch die Möglichkeit offenlasse, Mitglied des Commonwealth zu werden.

19. Veröffentlichung des jährlichen Weißbuches der Regierung über den Stand der Rüstung, in dem die Rüstungsausgaben für 1953/54 auf 1,6 Milliarden Pfund Sterling veranschlagt und die Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit auf weitere fünf Jahre angekündigt werden.

27. Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten

sowie 17 weiteren Staaten über die Regelung der deutschen Vorkriegsauslandschulden in London (vgl. dazu den Beitrag in EA 18/1952, S. 5165). Gleichzeitig werden Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und jeder der drei Westmächte über die Regelung der Ansprüche dieser Mächte aus der Nachkriegswirtschaftshilfe unterzeichnet.

Italien

27. Unterzeichnung mehrerer französisch-italienischer Abkommen über die Ansiedlung italienischer Arbeitskräfte in Frankreich und über die Regelung von Verkehrstragen an der Grenze, insbesondere den Bau eines Mont Blanc-Tunnels. In einem Kommuniké über die im Anschluß an die Außenministerkonferenz in Rom abgehaltenen Besprechungen zwischen Ministerpräsident *de Gasperi* und Außenminister *Bidault* heißt es, die beiden Minister hätten verschiedene Probleme der Weltlage, insbesondere die des östlichen Mittelmeeres und Südosteuropas, sowie die Haltung der beiden Länder zur europäischen Einigung besprochen.

Jugoslawien

- 22.—25. Vierter Kongreß der Volksfront, die durch eine Statutenänderung in „Sozialistischer Bund des werktätigen Volkes Jugoslawiens“ umbenannt wird. Staatspräsident *Tito* setzt sich in seiner Eröffnungsrede für die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften anderer Länder, insbesondere mit den sozialistischen Parteien, ein. Im Hauptreferat befürwortet der Vizepräsident des Exekutivrates *Edvard Kardelj* die Errichtung eines starken Verteidigungssystems in Südosteuropa und eine Zurückstellung der italienisch-jugoslawischen Differenzen. Im Zusammenhang mit einem am Vortage veröffentlichten Zehnjahrplan für die Entwicklung der Landwirtschaft bezeichnet *Kardelj* die Kollektivwirtschaften als ungeeignete künstliche Elemente, welche die Steigerung der Produktion behinderten. Der Uebergang zur sozialistischen Landwirtschaft müsse aus der eigenen Initiative der Bauern hervorgehen und dürfe nicht durch Zwangsmaßnahmen aufgedrängt werden.
28. Unterzeichnung des Freundschaftspaktes mit Griechenland und der Türkei (vgl. Türkei).

Luxemburg

20. Außenminister *Joseph Bech* legt der Kammer den EVG-Vertrag zur Ratifizierung vor.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

16. In einer Rundfunkansprache an das sudanesishe Volk erklärt Ministerpräsident *Naguib*, das britisch-ägyptische Sudan-Abkommen vom 12. Februar lasse dem Sudan nur die Wahl zwischen völliger Unabhängigkeit und dem Anschluß an Aegypten; ein Beitritt zum Commonwealth werde die Freiheit der Sudanesen noch einmal in Frage stellen. (Antwort des britischen Außenministers vgl. Großbritannien.)
16. In einer Rede vor Offizieren in Kairo erklärt Mi-

Niederlande

16. Vorschlag der Errichtung einer europäischen Zollunion an die Mitgliedstaaten der Montanunion (vgl. Kurzbericht auf S. 5579).

Oesterreich

22. Die Wahlen zum Nationalrat haben folgendes Ergebnis:

	Stimmen	Sitze ¹
ÖVP	1 781 969	74 (77)
SPÖ	1 818 811	73 (67)
Unabhängige (WdU)	473 022	14 (16)
Volksopposition	228 228	4 (5)
(KPO und Linkssozialisten)		

¹ In Klammern die Verteilung der Sitze im bisherigen Nationalrat.

25. Die Regierung tritt zurück. Am 27. Februar beauftragt Bundespräsident *Körner* die ÖVP, den neuen Bundeskanzler zu nominieren.

Polen

22. Auf dem Landeskongreß der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften berichtet Ministerpräsident *Boleslaw Bierut*, daß bisher über 5500 Kollektivwirtschaften geschaffen wurden, in die über 100 000 Bauernwirtschaften aufgegangen seien. Daneben stellten jedoch die privaten Bauernwirtschaften immer noch die Hauptform der landwirtschaftlichen Produktion dar, und die Volksmacht werde auch weiterhin alles tun, um diese kleinen und mittleren Privatwirtschaften zu fördern.

Sowjetunion

22. Anlässlich der Feiern zum Tage der Sowjetischen Armee wird bekannt, daß Marschall *Wassilij Sokolowskij* jetzt der Generalstabschef der Armee ist. Sein Vorgänger war General *S. M. Schtemenko*.

Türkei

28. In Ankara wird der Freundschaftspakt zwischen Griechenland, Jugoslawien und der Türkei von den Außenministern der drei Länder unterzeichnet. Die drei Staaten verpflichten sich darin zu gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen im Falle eines Angriffs und zur Entwicklung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen (vgl. den Wortlaut des Vertrages auf S. 5563).

nisterpräsident *Naguib*, die Räumung der Suezkanalzone durch die britischen Truppen sei ein geheiligtes Recht Ägyptens, das von Großbritannien im Prinzip bereits anerkannt sei. In der folgenden Woche finden Besprechungen über diese Frage mit dem britischen Botschafter statt, und am 25. Februar gibt Außenminister *Mahmud Fawzi* bekannt, daß die ägyptische Regierung Großbritannien um die Aufnahme von Verhandlungen über den Suezkanal ersucht habe.

28. Der von Ministerpräsident *Naguib* eingesetzte Ver-

fassungsausschuß beginnt unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Ali Maher mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung.

Südafrikanische Union

16. Das Sicherheitsgesetz, das der Regierung außerordentliche Vollmachten im Falle von Bedrohungen der inneren Sicherheit verleiht, wird unter Zustimmung der Opposition vom Abgeordnetenhaus gebilligt.

AMERIKA

Chile

- 20.—28. Staatsbesuch des argentinischen Präsidenten, Juan Perón. In einem Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß beide Länder Verhandlungen über die Errichtung einer Zoll- und Wirtschaftsunion aufnehmen werden, die auch anderen südamerikanischen Staaten zum Beitritt offenstehen soll.

Vereinigte Staaten

17. Präsident Eisenhower kündigt in seiner ersten Pressekonferenz nach dem Regierungsantritt an, daß er den Widerruf derjenigen Klauseln geheimer Abkommen vorschlagen werde, die zur Versklavung freier Völker beigetragen hätten. Dies bedeute jedoch nicht, daß er die Abkommen als Ganzes widerrufen wolle. Am 21. Februar leitet er dem Kongreß einen entsprechenden Resolutionsentwurf zu. Am 26. Februar erklärt Außenminister Dulles dazu vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses, die Vereinigten Staaten müßten klarstellen, daß sie niemals die von der Sowjetunion aus diesen Verträgen abgeleiteten Herrschaftsansprüche in Osteuropa und Asien anerkennen werden.
18. Ernennung von David K. Bruce zum ständigen Vertreter der USA bei der Hohen Behörde der Montanunion und zum Beobachter beim Interimsausschuß der EVG.
25. Präsident Eisenhower erklärt auf seiner Pressekonferenz seine Bereitschaft zu einem persönlichen Zusammentreffen mit Stalin, falls eine solche Zusammenkunft nützlich erscheine und Garantien dafür gegeben seien, daß die dabei getroffenen Vereinbarungen auch eingehalten werden.
27. Ernennung von Charles E. Bohlen zum Botschafter in Moskau als Nachfolger des von der Sowjet-

regierung im Herbst 1952 als persona non grata erklärten George F. Kennan.

28. Der Senat faßt eine Protestentschließung gegen die Verfolgung rassischer und religiöser Minderheiten in den kommunistischen Ländern und fordert Präsident Eisenhower auf, bei den Vereinten Nationen Protestschritte gegen diese Gewaltmaßnahmen zu unternehmen.

ASIEN

China (Formosa)

25. Kündigung des sowjetisch-chinesischen Freundschafts- und Bündnisvertrages von 1945.

Indien

16. Premierminister Jawaharlal Nehru erklärt in der Generaldebatte des Parlaments, die Nichtanerkennung des kommunistischen China widerspreche dem Geist der Charta der Vereinten Nationen. Nehru ruft zum Zusammenschluß aller Staaten, die im West-Ost-Konflikt neutral bleiben wollen, zu einem geschlossenen Block auf. Am 18. Februar bringt der Premierminister in einer weiteren Rede seine Besorgnis über die Formosa-Erklärung Präsident Eisenhowers zum Ausdruck.

Persien

20. Der amerikanische Botschafter überreicht Ministerpräsident Mossadegh neue britisch-amerikanische Vorschläge zur Lösung des Erdölkonflikts.
28. Konflikt zwischen dem Schah und Ministerpräsident Mossadegh. Als der Schah seinen Entschluß bekanntgibt, das Land für einige Zeit zu verlassen, kommt es zu heftigen Demonstrationen für den Schah und gegen den Ministerpräsidenten sowie zu Straßenkämpfen.

Organisation der Vereinten Nationen

Vollversammlung

Politische Ausschüsse

25. Wiederaufnahme der Korea-Debatte. Der amerikanische Chefdelegierte, Henry Cabot Lodge, beschuldigt die Sowjetunion der offenen Unterstützung der nordkoreanischen Aggressoren. Er erklärt, die Sowjetunion könne den Konflikt sofort beenden, wenn sie den Willen dazu habe.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bögheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guilton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meißner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Schaubilder: Ilse Haucke, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Hauffstraße 5, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App. 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.